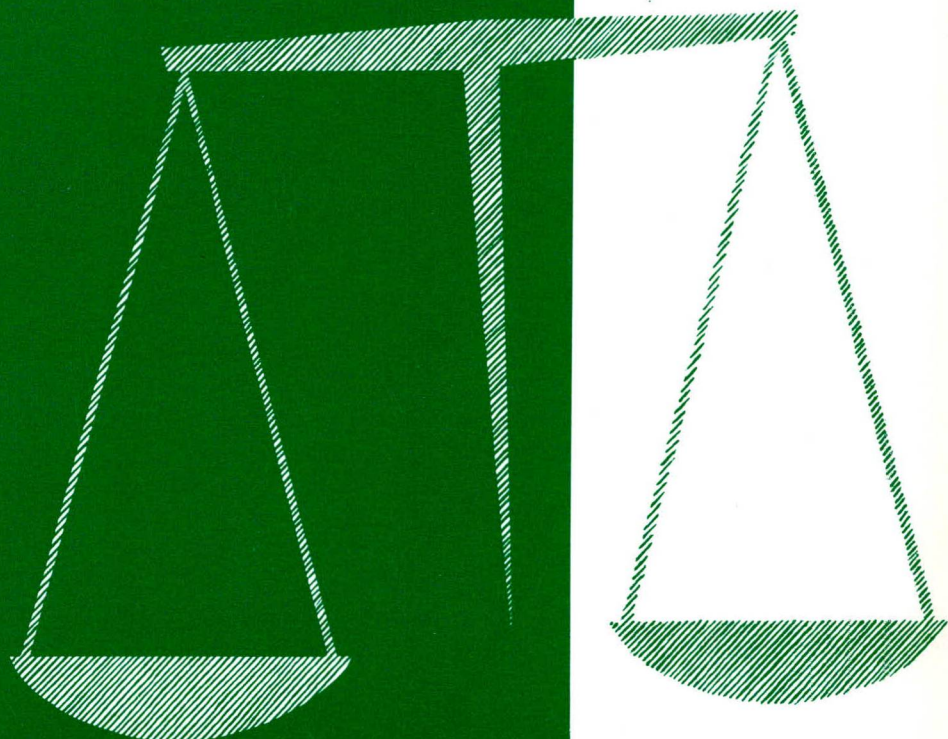


Fragen der Freiheit



Im Dienste einer
menschenswürdigen
Sozialordnung
der Zukunft

Juli 1973

Heft 104

Unsere Denker schöpften aus der deutschen Literatur ...

unsere Erwecker fanden ihre philosophischen Grundlagen in der deutschen Philosophie ...

Trotz allem Enthusiasmus für die Russen und alle Slaven, trotz allem Widerstreit gegen die Deutschen bleiben die Deutschen dennoch unsere tatsächlichen Lehrer.

Tomáš Garrigue Masaryk
über Herder und Goethe
aus „Die Tschechische Frage“ 1896

FRAGEN DER FREIHEIT

— Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft —

Folge 104

Juni 1973

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch Lothar Vogel
Postverlagsort: 54 Koblenz

Inhaltsübersicht

Berthold Wulf

Für eine menschenwürdigere Sozialordnung der Zukunft	
Alt-Nationalrat Werner Schmidts literarisches Lebenswerk	3

Franz Joachim Clauß

Grundfragen der Wechselkurspolitik	21
--	----

Detlef Böhm

Wirtschaftsordnung und Bodenrecht	
Gedanken zum Kolloquium des Seminars für freiheitliche Ordnung am	
6./7. Januar in Eckwälden/Bad Boll; „Gibt es einen Dritten Weg?“	30

Zeitkommentare

F. L. G.

Bericht aus Deutschland	52
-----------------------------------	----

Buchbesprechung

Herbert Spies

Literatur zur Reform des Bodenrechts	57
--	----

Ankündigung

29. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung	
in Herrsching am Ammersee vom 21. bis 30. Juli 1973	
Thema: Gibt es einen dritten Weg?	58

Diederich Römheld

Zahlen aus der Volkswirtschaft	63
--	----

Für eine menschenwürdigere Sozialordnung der Zukunft

Alt-Nationalrat Werner Schmid's literarisches Lebenswerk

Berthold Wulf

Man ist auf dem Wege, einzusehen, daß die Wissenschaft
ein allgemeines Vaterland ist.

Goethe an Karl August (14. Okt. 1822)

Wer Gelegenheit hat wie der Schreibende dieser Zeilen, hin und wieder eine Stunde Werner Schmid in seinem wohnlichen Arbeitszimmer gegenüberzusitzen oder mit ihm einen Spaziergang zu machen, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß trotz mancher Beschwernis, die Alter und Kranksein in natürlicher Weise hervorrufen, freiestes, königliches Menschentum dem verehrten Gastgeber eigen ist. Fragt man sich, woher dieser Eindruck kommt – denn die genannte Eigenschaft ist heute in den seltensten Fällen angeboren und somit naturgegeben – so kann einem die Erinnerung an Johann Peter Eckermann zuhelfe kommen, der in großem Maße von Goethe selbst diesen Eindruck hatte, und der sagte, daß Goethe sein freies Menschentum und sein selbständiges Urteil nur durch den unmittelbaren Umgang mit der Wahrheit sich erworben habe.

Ja, es ist so: Der Umgang mit der Wahrheit gewährt dem Menschen alles das, was wir an ihm schätzen und menschlich finden. Die Wahrheit macht frei und gibt dem Menschen seine Würde. Abseits von Dogmatik und Rechthaberei, Über- und Unterheblichkeit, meidend die Mehrheit, die „der Unsinn ist“, da „Verstand stets bei wenigen gewesen“ (Schiller), sich „gesellend zur kleinsten Schar“ (Goethe) – das ist das Leben Werner Schmid's. Dabei ahnt man das lebenslange Wachstum einer Bewußtheit, die in einer außerordentlich reichen öffentlichen, politischen und vortragenden Tätigkeit ihren Niederschlag gefunden hat, nicht zuletzt in einem vielfältigen Schrifttum, wovon wenigstens einzelnes aufgeführt werden soll, weil der Schreibende dieser Zeilen dem Studium dieser Bücher und Schriften so vieles verdankt.

Werner Schmid – eine Biographie über ihn steht noch aus – ist von Haus aus Lehrer. Bildung am Menschenbild, eine der wesentlichen Aufgaben der Gegenwart und Mitteleuropas, war sein Schicksal. Die bis ins ganz Praktische gehende Sorge um die Kinder, wohlwollend, mitteilend, erfüllt den jungen Lehrer. Das Vertrauen der Eltern und der Kinder ist groß. „In meiner fünften Klasse saß einmal ein Bürschchen, das zwar kein glänzender Schüler war, mir aber reifer und erfahrener vorkam als die andern. Es lebte bei der geschiedenen Mutter und der Großmutter. Eines Tages sagte es zu mir: ‚Herr Schmid, ich möchte sie gerne unter vier Augen etwas fragen‘. Belustigt sah ich den Kleinen an und ging mit ihm vor die Zimmertür, um ihm sogleich Gelegenheit zu geben, sein Anliegen vorzutragen. ‚Könnten sie nicht mein Vormund werden?‘ fragte er mich. Das hatte ich nun freilich nicht erwartet. ‚Du hast aber doch einen Vormund?‘ fragte ich zurück. ‚Ja freilich‘, antwortete er. ‚aber den sehe ich nie.

Jedes Jahr einmal kommt seine Helferin, erkundigt sich, ob alles in Ordnung sei und dann geht sie wieder.' „Aber, wenn doch alles in Ordnung ist, braucht ja der Vormund auch nicht zu kommen.' „Aber ich möchte doch gerne einen Mann haben, mit dem ich reden könnte', war die verblüffende Antwort. — Ich habe die Vormundschaft übernommen.“ Dieses und manches andere menschlich Anregende findet sich in dem Büchlein „Schüler—Lehrer—Eltern“. Werner Schmid ist ein Mann, der lehrt und mit dem man reden kann.

Bald fand sich auch sein Lehrer: Silvio Gesell.

Wenn Menschen in der neueren Zeit Epoché gemacht haben, dann unter anderen der deutsche, viele Jahre in Argentinien lebende Kaufmann Silvio Gesell, stammend aus dem deutsch-belgischen Grenzland, in Südamerika eine wesentliche Entdeckung machend, die Entdeckung seines Lebens und eine der wichtigsten der Neuzeit überhaupt, die restlose Antwort auf die Fragen: Was ist Geld? Was ist seine Funktion? *Was muß es und was darf es unter keinen Umständen sein?* — Silvio Gesell lebte eine Zeit lang in der Schweiz, war vorübergehend Finanzminister im revolutionsgeschüttelten München der Nachkriegszeit des ersten Weltkriegs, eingekerkert und freigelassen, mißverstanden, gehaßt, verleumdet. Dieser Mann schrieb „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ — nichts abgeschrieben, zusammengestellt, analogisiert, mit „wissenschaftlichen Schnörkeln“ versehen, spintisiert — sondern eine Entdeckung, Erfahrung, Beurteilung des mit wachen Sinnen Gesehenen und Durchdachten. Ein außerordentlicher Mensch, Begründer eines Teiles der Freiheit: der Freiheit von der Ungerechtigkeit und dem Zwang sogenannter wirtschaftlicher Notwendigkeiten. Ein Freiheitsoriginal im besten Sinne des Wortes! Und was für eine Sprache und welches selbständige, anschauliche Denken:

„Ich wenigstens halte es für selbstverständliche Bürgerpflicht, daß jeder in entscheidungsschweren Zeiten dort eingreift, wo er glaubt Unheil, Schaden, Verbrechen, Hochverrat, Amtsanmaßung und dergleichen verhindern zu können, unbeschadet der Möglichkeit, daß man ihn darob selber der Amtsanmaßung und der Beihilfe zum Hochverrat anklage. Zuerst kommt die Erfüllung der Pflicht, und dann die Überlegung, ob die Handlung uns Lob oder Tadel einbringen wird“ („Die Freiwirtschaft vor Gericht“).

„Was Erfahrung anbetrifft, so bin ich älter als Methusalem. Eine viertausendjährige Erfahrung liegt hinter mir“ (Ebenda).

„Die einzige Wirkung meiner Schriften schien die zu sein, daß sich die Hochfinanz ihrer zur besseren Leitung ihrer Geschäfte bediente“ („Denkschrift für die deutschen Gewerkschaften...“).

„Wenn Professor Koch mit Hilfe des Mikroskopes die Beobachtung gemacht hat, daß die Bakterien nicht zu den Säugetieren gehören, so wird er dies auch noch behaupten, wenn nach Weglegung des Mikroskopes die Bakterien seinen Blicken wieder entrückt sind. — Was wir mit Hilfe der Übertreibung beobachtet

haben, können wir behaupten mit Bezug auf die Wirklichkeit, ohne Furcht, uns zu irren“ („Nervus Rerum“).

„In der Regel liefen die Mittel der Propheten darauf hinaus, vom Menschen eine ‚Besserung‘ seiner Natur zu fordern. Man stellte an ihn sogenannte ‚moralische‘ Forderungen. Damit begann die Herrschaft der Pfuscher. Jeder hielt sich für berufen, dem Menschen Vorschriften zu machen. Der Staat, die Kirche, die Philosophen überschütteten die armen Menschen mit tausend Gesetzen. Du mußt, Du sollst. Dies ist erlaubt, das ist verboten. So entstand denn der unsichere Tropf, das linkische Wesen, dem man auf 1000 Schritte ansieht, daß er nicht sich selbst, sondern fremden Wesen gehorcht.“ („Der Aufstieg des Abendlandes“).

„Weil die Bürger alle die gleiche Ausbildung erfahren haben, wissen Sie sich nichts zu sagen“ (Ebenda).

„Folge dem Pfade der Lebensfreude, Du wirst es nie bereuen. Und je echter die Freuden sind, die Du Dir aussuchst, um so größer wird auch die Freude sein. Und habe keine Bange, daß Du fehl gehst. Die Folgen Deiner Fehltritte werden durch Schmerz Dich wieder auf den richtigen Weg stoßen“ (Ebenda).

„Solange der Arbeiter im Elend lebt und sein ganzes Sinnen und Trachten nur darauf gerichtet sein darf, die elementaren Bedürfnisse des Lebens zu decken, kann er sein Herz nicht für eine so anspruchsvolle, ich möchte sagen, so feierliche und luxuriöse Lehre, wie es das Christentum ist, in der nötigen, würdigen Weise vorbereiten. Statt dem Glauben sein Herz zu öffnen, verschließt er es ihm. Und ohne Glauben gibt es keine Hoffnung, die uns über die trüben Tage des Lebens hinweghilft, keine Liebe, unendliche Liebe, ohne die wir rettungslos in die Brutalitäten des Militarismus, der Gewalt hineinseglern“ („Der abgebaute Staat“).

„Es mußte mehr als merkwürdig sein, wenn die vorsintflutlichen Menschen vollkommen zufällig ein Geldsystem erfunden hätten, welches den komplizierten Handelsbedürfnissen der Neuzeit Rechnung trüge. Aber mit einem Geldsystem, welches vollkommen zufällig von Barbaren erfunden wurde, schlagen wir uns noch zu Ende dieses aufgeklärten Jahrhunderts herum“ („Die Verstaatlichung des Geldes“).

„Christentum und Zins sind glatte Widersprüche. Aber Gold einerseits, und Glücksritter, Wucherer, Schmarotzer, Verbrecher, Zuchthäusler, Empörung und Gewaltsamkeiten andererseits und Zins, das paßt zusammen.“

„Das Gold rostet nicht, fault nicht, wächst nicht, zergeht nicht, kratzt, brennt und schneidet nicht, es ist leblos – das Urbild des Todes“ („Die natürliche Wirtschaftsordnung“).

„Die Schleichwege des Goldes sind die Ursachen der Finanzkrisen“ („Nervus Rerum“).

„Die Schwankungen in den Jahreszeiten und in der Luftwärme gleichen wir durch einen Wechsel in unserer Kleidung aus; eine Geldpolitik aber, die nicht

die Notwendigkeit vorsieht, sich dem Wechsel der Handelsbedürfnisse anzupassen, kommt uns vor wie ein Reisender, der nur einen Rock hat, und der abwechselnd über Kälte, dann über Hitze klagt“ („Das Reichswährungsamt“).

„Währung heißt Ordnung, volkswirtschaftliche Ordnung, die sich getrennt von finanzieller Ordnung nicht denken läßt. Sie ist der Ausdruck allseitiger Gesundheit“ („Das Reichswährungsamt“).

„Vor den Pflug, der den steinigen schweren Boden aufreißen soll, spannen wir nicht die allgemeine Gleichheit und Brüderlichkeit. Der Pflug würde dort ganz bestimmt stecken bleiben, und der Acker bliebe brach. Dem Sinn für Eigentum, für persönliche Unabhängigkeit legen wir das schwere Joch der Arbeit auf, geben ihm als Vorspann noch den persönlichen Ehrgeiz, und so, mit diesem Dreigespann gelingt es, den Acker für die Ernte vorzubereiten und die Märkte des Landes zum Wohle aller mit Gütern zu überschwemmen“ („Das Reichswährungsamt“).

„Streik ist Erpressung gegen Erpresser“ („Physiokrat“, verschiedene Jahrgänge).

„Der Kommunismus ist das Ideal der Hungrigen, der Geplagten, des in der Armut aufgewachsenen Proletariats. Besser gesagt: der Kommunismus ist das Produkt des Hungers, des Elends, der Sorge. Wird aber der Druck der Armut etwas gehoben, dann überwuchern die individualistischen Triebe und Ideale sofort die kommunistischen und ersticken sie. Der Kommunismus, sofern er allen den Wohlstand bringen soll, ist demnach nur als Selbstmörder denkbar: er hebt sich selbst aus dem Sattel“ („Physiokrat“, verschiedene Jahrgänge).

„Der Kommunismus widerspricht der Natur des Menschen“ („Das Reichswährungsamt“).

„Völkerrecht ist Krieg – Menschenrecht ist Frieden.“

„Die Dinge verhalten sich so, daß wir uns über den Völkerfrieden überhaupt nicht mehr zu kümmern brauchen, sobald wir einmal dem Bürgerfrieden alles geopfert haben, was ihm unbedingt geopfert werden muß“ („Die natürliche Wirtschaftsordnung“).

„Kommt es zur völligen Abrüstung, ohne daß man die Kriegsursachen beseitigt, so bereitet man den Boden für den fürchterlichsten aller Kriege, für die Schlacht im Handgemenge“ („Die natürliche Wirtschaftsordnung“).

„Lots Weib schaute rückwärts und erstarrte zu Fels beim Anblick des Grauens. Und allen Menschen geht es noch heute ebenso, die rückwärts schauen; sie versteinern oder verknöchern, werden zu Krustentieren, zu Rüstungsagenten, zu Militaristen“ („Die natürliche Wirtschaftsordnung“).

„Der Asche, nicht der Leiche, entsteigt der Phönix“ („Die natürliche Wirtschaftsordnung“).

– Das war Silvio Gesell. Er wird der Lehrer von Werner Schmid.

Werner Schmid hat Silvio Gesell die Biographie geschrieben.

Es gibt wenige Lebensbeschreibungen, die mit solcher Sachlichkeit und zugleich Enthusiasmus geschrieben sind wie diese. Nun ist aber auch das Leben Silvio Gesells, dieses edlen „Abenteurers“ – im Sinne mittelalterlicher Aventüren – der Erde und des Geistes, ein dankbares Objekt. Gleichviel – Verwandtes nur zieht Verwandtes an. Und ein Zug dieser geistigen Abenteuerlichkeit lebt auch in Werner Schmid. Man fragt sich beim Lesen der Biographie immer wieder, wer einem sympathischer ist: der, von dem das Buch handelt, oder der, der es geschrieben hat. Spirituelles, künstlicheres Empfinden, oftmals bis zum dichterischen Ausdruck sich verdichtend, zieht sich durch die Schilderungen. Beste mitteleuropäische Geistigkeit ist der Grund, auf dem Werner Schmid baut; das kommt schon darin zum Ausdruck, daß jedem der 29 Kapitel ein Zitat aus Goethes „Faust“ vorangestellt wird. Es ist wirklich ein faustisches Schicksal des 20. Jahrhunderts, das Schicksal Silvio Gesells, und es handelt sich nun nicht mehr um Magie oder um den herkömmlichen Kirchenglauben, um Fragen der Seligkeit, sondern um die *Gerechtigkeit des menschenwürdigen Zusammenlebens*. Silvio Gesell entsteht in dieser Biographie als ein Aufhellender der Dunkelheiten, die die Menschheit seit Jahrhunderten gequält und geängstigt haben.

Man kann dieses Buch nicht referieren. Man muß es lesen. Immer wieder. Um Silvio Gesell wird ein ganzer Menschenkreis sichtbar, denen die sozialen Fragen auf dem Herzen brennen: enthusiastisch, leidend, unermüdlich tätig, und das merkwürdigste ist, daß ihre Leidenschaftlichkeit von Sachlichkeit, von größter Sachkenntnis durchdrungen und geläutert ist. Das bewahrte sie vor Irrtümern, die bis in die Gegenwart hinein emotionell und intellektuell ihr Unwesen treiben. Hölderlin sprach von „heiliger Nüchternheit“; diese Freiwirtschaftler, wie sie sich nennen, sind von enthusiastischer Sachlichkeit durchdrungen. Dieser Zug moderner Geistesfülle bewegte Silvio Gesell bis zum letzten Augenblick. Werner Schmid schreibt von seinem Tode:

„Am Morgen des 11. März 1930, als eben die ersten Vogellaute hörbar werden, sagt er: ‚Die Hähne krähen, wohlan, es ist Zeit zum Aufbruch.‘ Es ist Zeit zum Aufbruch. Schweiß bedeckt seine klare, schöne Stirn, und schon wischt Anita ihn weg: ‚Sieh, das ist der Genesungsschweiß.‘ Da wird Gesells Geist noch einmal klar: ‚Nein, Anita, das ist der Angstschweiß.‘ Da wissen sie, daß das Ende nahe ist. Wenige Stunden später ist Silvio Gesell tot.

... Erschüttert folgen die Freunde dem Sarge Gesells. Sie wissen, daß hier ein Großer zu Grabe getragen wird. Auch Polenske schreitet hinter dem Sarge her, der sich von ihm trennte, weil er mit der politischen Richtung des Kampfes nicht mehr einverstanden war, und den doch seine Frau, als sie ihm die Todesnachricht brachte, zum ersten und einzigen Male in seinem Leben bitterlich weinen sah.“ –

Es ist Werner Schmid ein Zug von Objektivität eigen, der ihn befähigt, sich selbstlos in andere Verhältnisse hineinzusetzen. Es ist dies der Grundzug des Lernens überhaupt. Tritt er aber in reiferem Alter auf, dann kann man die-

sen selbstlosen Zug, der nur einer starken Persönlichkeit eigen sein kann, auch zutreffend *Liebe* nennen. Diese kommt darin zur Entfaltung, daß sie sich in andere Persönlichkeiten hineinzusetzen vermag, daß sie z.B. Biographien schreibt. Werner Schmid hat noch andere Biographien als die Gesells geschrieben: „*Ernst Abbé der Begründer der Zeisswerke in Jena*“. Man wird gewiß nicht fehlgehen anzunehmen, daß man nur die Biographie dessen schreibt, zu dem man eine Verwandtschaft fühlt. Diese kann so geartet sein, daß das Lebensbild eines solchen Menschen an die Stelle einer grundlegenden Leitidee tritt. Was sonst im Bewußtsein zielvolles Denken sein kann, wird zu einem impulsierenden Bild eines Lebens, das gelebt wurde. „Eidos“ – *Bild* nannten die Griechen die Geistschauung, aber sie hat sich zu „Ideen“ notwendigerweise verdünnt, verabstrahiert. Will die „Idee“ wieder „Eidos“, die Geistschauung zurückgewinnen, ist eine der vorbereitenden Methoden dazu, sich in die Lebensbildung anderer Menschen hineinzusetzen. Daß die Biographie Ernst Abbés für Werner Schmid impulsierend ideenhaft gemeint war, zeigen die Schlußsätze:

„Das Lebenswerk Ernst Abbés ist gerade in der heutigen Zeit von doppelter Bedeutung. Der Gedanke der Freiheit ist umstrittener denn je, die Massenseuche in die Flucht der Unfreiheit zu einer europäischen Krankheit geworden. Man kann an einer Krankheit sterben oder kann von ihr genesen. Genesen können wir nur, wenn wir wieder erkennen, was Freiheit ist, ihren Sinn begreifen und verstehen. Es ist eine tröstliche Erscheinung, daß ihr Sinn in einem deutschen Manne in einer Art und Weise lebendig war, wie er heute (das Buch kam 1939 heraus) bei den allerwenigsten Schweizern mehr lebendig ist. Der schöpferische Mensch ist ein Mensch der Freiheit. In ihr allein ist schöpferische Arbeit möglich, in ihr erfüllt sich der Sinn der Schöpfung.“

Gerade darum haben wir das Leben und Werk Ernst Abbés zum Gegenstand unserer Betrachtung gemacht, weil es uns in dieser Hinsicht Vorbild und Stärkung bedeutet. Sein Leben hat die Menschheit bereichert, die Größe seiner Gedanken und Ideen tritt uns heute deutlicher denn je entgegen. Mehr: sie steht erfüllungsheischend vor uns, und so wollen wir denn, in tiefer Dankbarkeit, das Banner der Freiheit, das über dem Leben dieses deutschen Demokraten flatterte, weitertragen, solange unsere Kraft reicht.“

Werner Schmid schrieb noch zwei andere Biographien: die von Carl Jakob Burckhardt, des vornehmen Basler Humanisten und Historikers, des Freundes Hugo von Hoffmannsthal – und die des Emmentaler Bauernsohnes Fritz Schwarz.

Schließlich wird die Beschäftigung mit dem Leben anderer auch das Organ entwickeln, das eigene Leben so bildhaft-ideenartig anzuschauen. Ja, es ist das natürliche Bedürfnis des älter werdenden, zurückschauenden Menschen. „Vorwiegend heiter – kleine Episoden aus meinem Leben“ nennt Werner Schmid diese Rückschau. Heitere Jugend tritt vor die Erinnerung. Der werdende gütige Pädagoge bereitet sich vor durch die Güte seiner Lehrer: „Das erlebte ich bei der

Schlußprüfung in der Mathematik, die man seltsamerweise als Konkursprüfung bezeichnete. Schwitzend saß ich über den schriftlichen Aufgaben, ohne ihrer Herr zu werden. Wenn ich mich recht entsinne, löste ich eine einzige von zwölf Aufgaben. Ich hatte damals noch im Sinn, mich dem Sekundarlehrerstudium zu widmen, mußte also in den Hauptfächern einen Durchschnitt von je 4,5 erreichen, wenn ich nicht eine Nachprüfung riskieren wollte. Nun wars ohne Zweifel um mich geschehen. Wie ein geschlagener Hund suchte ich Professor Scherrer in seinem kleinen Zimmerchen auf, das ihm im obern Gang des Seminargebäudes zur Verfügung stand. Ich klagte ihm meine Not: „Ja, ich hab's bemerkt, daß Sie schlecht abgeschnitten haben“, sagte er. „Aber vielleicht läßt sich in der mündlichen Prüfung die Sache korrigieren“, fügte er begütigend hinzu. Die mündliche Prüfung kam. Wir vier Jünglinge saßen mit einiger Bangnis bereit. Der gütige Professor aber wußte es so einzurichten, daß immer wieder kinderleichte Fragen auftauchten, die er samt und sonders mir zuhielt! „Sehen Sie“, flüsterte er mir am Ausgange zu, damit der Experte es nicht hörte, „jetzt haben Sie eine – Sechs“ (die beste Note). Nie im Leben werde ich ihm das vergessen.“

Der junge Pädagoge wurde Freiwirtschaftler. „Wie die Freiwirtschaft zu mir und – ich zu ihr kam“. Dann die Zeit rastloser Kämpfe „auf dem parlamentarischen Fechtboden“, unermüdlich Vortragsreisen, Diskussionen und Klarstellungen: ein Leben für eine menschenwürdigere Sozialordnung der Zukunft. Humor und Schlagfertigkeit sind die Gaben Werner Schmidts:

„Als ich das erste Mal im Gemeinderat saß und meine Jungfernnrede der Bodenfrage widmete, erhob sich in der Diskussion Rappold und erklärte, da hätten wir nun den Freigeld- und Freilandapostel. In der Replik erklärte ich, ich betrachte das Wort Apostel keineswegs als Schimpfnamen, meines Wissens seien das ehrenwerte Männer gewesen. Es sei nicht mein Fehler, wenn noch niemand auf die Idee gekommen sei, Herrn Rappold als Apostel zu bezeichnen. Damit hatte ich die Lacher auf meiner Seite.“

Im Kantonsrat erklärte einmal Gemeindepräsident Grossmann, das Schicksal habe eben ihm und mir verschiedene Auffassungen in der Bodenfrage in die Wiege gelegt. Ich konterte: „Das stimmt keineswegs. Das Schicksal hat uns beiden dieselbe Auffassung in der Bödenfrage in die Wiege gelegt. Nur bin ich nicht bei der Wiege stehengeblieben.“ Und wieder hatte ich die Lacher auf meiner Seite.“

Ausführlich hat Johannes Merz über die parlamentarische Arbeit Werner Schmidts als Nationalrat im Bundeshaus geschrieben: „Werner Schmid – einviertel Jahrhundert Parlamentarbeit“. Auch Werner Schmid gibt selber darüber Auskunft, welche Reife der politischen Erfahrung und des Urteils ihm eigen sind – in dem ausführlichen Buch: „Schweizerische Außenpolitik gestern, heute und morgen.“ Doch wenden wir uns den anderen Biographien wieder zu.

Wie in der Lebensbeschreibung Silvio Gesells so in der Biographie Carl J. Burckhardts erweist sich der Biograph gegründet auf dem edelsten Geistes-

erbe des Abendlandes. Wieder setzt er den Kapiteln Motivworte aus Goethes Lebenswerk voraus, aus „Iphigenie“, aber auch von Pestalozzi, Hoffmannsthal und Burckhardt selber. Ein vornehmer Geist schreibt über einen vornehmen Geist.

Ganz anders das Lebensbild von Fritz Schwarz. Dieser gehört in den Schicksalsumkreis Silvio Gesells, erblickt als Bauernbub das Licht der Welt, wenn auch an einem schönen Orte in prächtiger Landschaft, so doch in ärmsten Verhältnissen. Von religiösem Empfinden und zugleich Weltwachheit genährt, wird der aufmerksame, intelligente, überaus fleißige Knabe Lehrer wie Werner Schmid auch. Aber Fritz Schwarz ist ein Bauer und bleibt es auch. Der Sozialist findet in der Lehre Silvio Gesells das Licht, das er ahnte und suchte. Fritz Schwarz wird einer der führenden Kämpfer der Freiwirtschaftlichen Bewegung in der Schweiz. Im Berner Großrat ist er der interessanteste Redner – und bleibt der bauerliche Vater der Armen, der unbestechliche Anwalt der Gerechtigkeit. Fritz Schwarz diente sein Leben lang der sozialen Gerechtigkeit. Wie eine Maxime steht über seinem Leben das Wort Silvio Gesells: „Ehe wir nicht den letzten Proletarier zur Ruhe neben dem letzten Rentner bestatten, gibt es keinen Frieden am Herd, in den Gemeinden, im Staate und im Völkerleben.“ Und diese Maxime sagt Fritz Schwarz in unendlichen Variationen, den Gelegenheiten entnommen, jedem, der es hören will. Und da, wo er nicht sprechen kann, wirkt er gemäß seiner Lebensmaxime.

1918 – Fritz Schwarz ist zweiunddreißig/dreiunddreißig-jährig – steht wie aus dem Geiste der Zeit heraus geboren das Idealbild einer freien Schule, freier Bildungsanstalten vor seiner Seele. Man vergegenwärtige sich, was für Jahre das damals waren: In Rußland war die bolschewistische Revolution ausgebrochen. Amerika war auf der Seite der Entente in den Krieg gegen Mitteleuropa eingetreten. Mitteleuropa geriet in den Sog zweier Gegensätze, die bis heute bestehen. Es galt nicht nur, den Geist Mitteleuropas zu retten, es galt, ihn erst einmal aus den Zertrümmerungen recht gewahr zu werden: Bildung! ist seine Maxime, menschliche, spirituelle Bildung des Individuums, dessen Seleninhalt umso universeller ist, je individueller seine Bemühung ist, diese Universalität auch zu erringen; denn der individuell gedachte Gedanke – und er kann nur individuell gedacht werden, das ist seine Natur – ist zugleich universell und sozial allgemein verbindlich und wirklich. Außerdem begründet er einen Individualismus, dem nichts Emotionelles mehr anhaftet – es sei denn die Emotion, oder besser gesagt der Enthusiasmus für die Wahrheit – und der dadurch ethisch-moralisch wirkt. Individualismus und Moral – die scheinbaren Gegensätze – werden endlich vereinigt in einer der Menschennatur entsprechenden Bildung. Grundlage solcher Menschenbildung kann nur eine Pädagogik sein, die dem Werden der Menschennatur abgelesen ist.

Gegen Ende des ersten Weltkrieges, als die politische Ausschaltung Mitteleuropas sich abzeichnete, lagen die Gedanken der Menschenbildung und der

Geistigkeit und vor allen der geistigen Aufgaben am Menschen in Mitteleuropa in der Luft: Freie, von keinem Staat und keiner politischen Meinung gegängelte Schulen sind die Voraussetzung dafür. Das muß damals auch Fritz Schwarz gefühlt haben. Man liest in dem Lebensbild „Fritz Schwarz“ von Werner Schmid mit Verwunderung:

„Ja, man hatte große Pläne im Pestalozzi-Fellenberg-Haus an der Erlachstraße. Im Februar 1918 ließ Dr. Schneider einen Prospekt drucken, in dem u.a. zu lesen war:

„Im Mai geden’te ich im Hause Erlachstr. 5, in der Nähe der Universität Bern, mit der Einrichtung eines pädagogischen Institutes zu beginnen. Die Arbeiten des Institutes werden sein:

1. Fortbildung der pädagogischen Wissenschaften;
2. Fortbildung des Lehrers;
3. Fortbildung der Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe.

Folgende Einrichtungen sind in Aussicht genommen:

Die Musterschule.

Die Musterschule besteht aus einer Schulklasse von 20 bis 25 Schülern. Vom ersten bis zum neunten Schuljahr werden sie unter der Leitung eines tüchtigen Lehrers hinaufgeführt. Die Eltern der Kinder bilden die Schulgemeinde. Sie versammelt sich regelmäßig zur Besprechung von erzieherischen Fragen, damit Übereinstimmung in Schule und Haus gewährleistet wird. Die Musterschule steht grundsätzlich auf dem Boden, daß in erster Linie den Eltern das Bestimmungsrecht über die Erziehung ihrer Kinder zusteht.

In ihrer erzieherischen und unterrichtlichen Arbeit möchte die Schule für andere ein Vorbild werden. Sie wird Lehrern und Lehrerinnen zu Besuchen geöffnet. Auch veranstaltet sie wöchentlich Musterlektionen. An diese schließt sich eine eingehende Besprechung durch die Zuhörer an. In Form von Vorträgen und Publikationen wird über die Tätigkeit der Musterschule Bericht erstattet werden...

Das ist genau das Problem der Aufgabe Mitteleuropas in der Erziehung der Kinder zu Menschen. Eine Schulreform mußte kommen.

„Da ist zunächst die Schulreform. Es geht Schwarz dabei nicht um didaktische Fragen, obwohl er auch diesen seine Aufmerksamkeit schenkt und ihre Bedeutung für eine glückliche Gestaltung der Schulführung durchaus anerkennt. Sein Hauptanliegen ist eine grundsätzliche Frage: die Frage nämlich nach dem Erziehungsziel.

Schon in der ‚Freistatt‘ von 1917 hat er seine Auffassung unmißverständlich dargelegt. Er (der Staat) braucht die Schule, also macht er sie zu seiner Dienerin. Die Schule wird zur Staatsschule im vollen Sinne des Wortes. Der Staat vereinigt sich mit der Schule wie der Raubvogel mit der Schwalbe, wenn er sie frißt.

Es ist ein Irrtum, wenn gesagt wird, es gebe verschiedene Erziehungs- und Bildungsideale. Es gibt und gab nur eines: Zum vollkommenen Menschen er-

ziehen. So wurde irgendeinem Staatszweck ein hübsches Mäntelchen umgehängt und unter der Maske ‚Bildungsideal‘ darauf geschrieben: Erziehung zum Staatsbürger usw., nur nicht Erziehung zum ganzen Menschen. Ein ganzer Mensch ist aber mehr als Staatsbürger.’

Dann zieht Schwarz die Konsequenzen. Das Streben der Menschen geht nach Freiheit. ‚Freiheit ist Entwicklung des Selbst. Freiheit ist Kultur.‘ ‚Schulreform fordert eine Beseeligung der Schularbeit. Was nützt es aber, das Beste im Kinde zu pflegen, es zur Freiheit zu erziehen, wenn es zur Unfreiheit, zum Frondienst verdammt ist? Wir bringen den Zwiespalt in sein Leben, wir erziehen die Opposition im Staat, der die beseelte Arbeit nicht pflegt, nicht anerkennt. Darum entweder oder. Entweder verzichten wir auf den obersten Grundsatz der Schulreform, oder wir machen auch den zweiten Schritt – zur Reform der Wirtschaftsordnung.‘ Der Aufsatz schließt mit folgenden Worten: ‚Wollen wir, können wir ruhig zusehen, wenn der Kampf zwischen Freiheit und Mammonsklaverei beginnt? Die moderne Forderung der Erziehung und des Unterrichtes können nicht mit den jetzigen staatlichen Forderungen vereinigt werden, ohne diesen heutigen Staat anzugreifen. Wer Schulreform ernstlich will, muß Staatsreform wollen. Wer Staatsreform nicht will, wird in der Schule Danaidenarbeit leisten.‘“

Aus solchen Worten spricht die Verantwortung und die Selbstlosigkeit einer Persönlichkeit, die mehr in ihrer Seele trägt als wohin der allgemeine Seelenhorizont reicht, spricht das Bewußtsein von Erfahrung und Sorge. In verantwortungsvoller Bewußtheit seine Seele zu üben, dazu fordert die Gegenwart auf. Man möchte eine solche Seelenhaltung Bewußtseinsseele nennen. Bewußtseinsseelenmenschen waren und sind sie alle, die als Freiwirtschaftler von Silvio Gesell angeregt wurden, d.h. moderne Menschen, die die gegenwärtigen Anforderungen der Zeit sehen und verstehen und danach zu handeln sich bemühen.

Wiederum können wir dieses unausschöpfliche Buch Werner Schmidts nicht referieren, aber umsomehr dem eingehenden Studium empfehlen... Fritz Schwarz starb im November 1958. Auf seinem Grabstein steht das von ihm oft zitierte Wort aus der Bibel: „Der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein.“ Seine tiefe Religiosität, das Erbe seiner bäuerlichen Vorfahren, wandelte er in die modernste Religiosität um, die möglich ist; denn „wenn jemand spricht: Ich liebe Gott und hasset seinen Bruder, der ist ein Lügner. Denn wer seinen Bruder nicht liebt, den er sieht, wie kann er Gott lieben, den er nicht sieht?“ (1. Joh. 4,20) – „Mensch, was du liebst, in das wirst du verwandelt werden...“ sagt Angelus Silesius. Fritz Schwarz hat für ein menschenwürdiges Zusammenleben gewirkt und gelebt. Und wenn vom Göttlichen gesprochen wird, so muß es doch irgendwo erfahren werden. Im menschenwürdigen Zusammenleben lebt auch Gott. Aus solcher Gesinnung heraus liebte Fritz Schwarz dieses Psalmwort:

„Herr, wer darf Gast sein in Deinem Zelte?
Wer darf weilen auf Deinem heiligen Berge?
Der unsträflich wandelt und Gerechtigkeit übt,
Und die Wahrheit redet von Herzen;
Der nicht verleumdet mit seiner Zunge,
Und seinem Nächsten kein Arges tut.
Und keine Schmähung ausspricht wider den Nachbarn;
Der den Verworfenen verachtet, aber die Gottesfürchtigen ehrt;
Der Wort hält, auch wenn er es sich zum Schaden geschworen,
Der sein Geld nicht um Zins gibt
Und nicht Bestechung annimmt wider den Unschuldigen,
Wer das tut, wird nimmer wanken.“

Wieder fragt man sich bei der Lektüre dieser Biographie, zu wem man mehr Sympathie empfindet: zu dem, von dem das Buch handelt oder zu dem, der es geschrieben hat.

Nicht seine Lebensleistung, die ist wohl gar nicht so leicht überschaubar, aber eine von Fritz Schwarzens bedeutendsten Leistungen war, was es in diesem Maße noch nicht vorher gegeben hatte: die Betrachtung der Weltgeschichte vom monetären Standpunkt aus, „*Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker*“, ein zweibändiges großes Werk! Gerade der Interessierte und Kenner der Geschichte wird verwundert diese Arbeit mit großem Gewinn lesen. Der Bogen der Betrachtung ist weit gespannt: von der Edda und Pythagoras bis zur Gegenwart. Der Fluch des Geldes ist schon in mythologischer vorintellektueller Zeit ausgesprochen:

„Von wannen zuerst
Mord und Verderben?
Das Erz sie stampften,
Das Gold ausschmolzen
In Odinshall.
Dreimal aus Flammen
Aufs neue geboren,
Erstand da Goldvig —
Noch heute lebt sie,
Überall ist sie,
Nennet sich Geld:
Göttliches Walten
Hat sie geschändet,
Zur Hexe geworden
Treibet sie Zauber,
Des Bösen Genoss...“ (Edda).

Und im frühgedanklichen Griechentum wird der Fluch des Geldes in Urteile gefaßt: „Ehret Lykurg, er ächtete Gold und Silber, die Ursache aller Verbre-

chen.“ (Pythagoras). Der Fluch des Geldes wird weiterwirken, wenn er nicht in Segen gewandelt wird. Wodurch? Durch Erkenntnis der Funktion des Geldes!

Man fragt sich bei der Lektüre dieses zweibändigen Werkes: Wie ist das möglich, die Geschichte über mehr als zwei Jahrtausende hinweg zu verfolgen von einem, wie man sagt, so schwierigen Gesichtspunkt, wie es das Wesen des Geldes ist? Wie aber bei allen lebenden Organismen das Urbild als zeugendbewegende, gestaltende Potenz am Ende der Erscheinungsreihe selber in die Erscheinung tritt, so auch beim Wirtschaftsgebaren der Menschen: Wer das Geld als Blüte versteht, versteht es auch als Sproß und Wurzel. Verständnis gegenwärtiger Zustände wird unter allen Umständen auch das Geschichtsbewußtsein erwecken, daß das Gewordene ruht als Ergebnis auf dem Werdenden, seinerseits neues Werdende zu inauguriert. Wahres Geschichtsbewußtsein ist eine Eigenschaft oben angedeuteter moderner Bewußtseinsseelenhaltung. Geschichtslosigkeit ist Seelendumpfheit:

„Wer nicht von dreitausend Jahren
Sich weiss Rechenschaft zu geben,
Bleib im Dunkel unerfahren,
Mag von Tag zu Tage leben“ (Goethe).

Daß heute in vielem „von Tag zu Tage“ gelebt wird, ist ein Zustand, der überwunden werden muß, wenn die Menschheit weiter bestehen bleiben will: Soziale Ungerechtigkeiten haben auf die Dauer mehr Brisanz in sich als die Vernichtungsgewalt atomarer Kräfte.

Aus einem umfassenden Geschichtsbewußtsein heraus, verbunden mit dem selbstlosen Sinn für Sachlichkeit, aus dem heraus er Biographien schrieb, hat Werner Schmid auch die Biographie des Schweizer Franks geschrieben: „Die Geschichte des Schweizer Franks“. Abgesehen davon, daß sich diese Geschichte wie ein spannender Roman liest – eine schriftstellerische Leistung, wenn man bedenkt, daß es sich doch gemäß landläufiger Meinung um besonders „trockene Materie“ handeln müsse – entwickelt Werner Schmid aus Überschau und Detailkenntnis das geschichtliche Werden der Funktion des Geldes. In diesem Sinne ist das Werk eine Einführung in das Verständnis der Funktion des Geldes überhaupt, die umso reizvoller ist, weil man zugleich diese Funktion sich durch Jahrhunderte mit dem Gemisch von Fehlern und Irrtümern entwickeln sieht. Wohlstand und Not, blühende Kunstentwicklung als Folge der Gerechtigkeit, Elend als Folge von Ungerechtigkeit – alles hat das Geld als Segen oder Fluch auf seiner Straße durch die Jahrhunderte hinter sich liegen gelassen. Eindeutig wird der Irrtum der sogenannten „Golddeckung“ dargelegt, ein Wort, das man auch nicht gleichnisweise für eine gute Sache brauchen sollte, wie der Schreiber dieser Zeilen oft aus pfarramtlichem Munde zu hören Gelegenheit hatte. „Golddeckung“ ist ein Fluch der Völker! Humorvoll und voller Witz greift Werner Schmid diesen Drachen an. Daß die Wohlfahrt vom Golde abhän-

gig sein soll, wird in dem Buche als Tragik und Witz gekennzeichnet, indem der Verfasser ein Gedicht Hans Bernoullis anführt — der übrigens eine Fülle glänzender Gedichte über das Währungs-Bodenproblem geschrieben hat —:

„Das Niggerbaby

In Afrika so schwarz und heiß/ Da spielt ein Negerkind
Mit Steinchen grau und Steinchen weiß/ Wie eben Kinder sind.
An einem schönen Sommertag, / Da kommt ihm in die Quer
Ein Steinchen, das dazwischen lag,/ Ein Steinchen gelb und schwer.
Der Niggervater sieht den Stein,/ Gibt seinem Kind 'nen Klaps,
Kehrt dann im „Elephanten“ ein/ und kauft sich einen Schnaps.
Der Schnapsbudiker fährt zur Stadt/ Und tauscht sich für den Stein
Und für den Fundort gut und glatt/ Ein klein Vermögen ein.
Ein Sturm geht durch die ganze Welt,/ Dem letzten Trunkenbold
Es um die tauben Ohren gellt:/ Man findet wieder Gold!
Und weil man Gold gefunden hat,/ So hat man wieder Geld,
Und weil dem Gelde folgt die Tat,/ Regt sich die ganze Welt.
Was stockt und harzte, kommt in Schuß/ Wer Geld und Mut verlor,
Schwimmt wieder auf dem goldnen Fluß,/ Die ganze Welt im Flor!
Nun geht der Handel flott und stolz,/ Nun wird auf Mord gebaut,
Nun macht die Arbeit wieder Holz,/ Die Kunst erblüht als Braut.
Und wenn sich nun ein Mensch besinnt,/ Der solches Wunder sah:
„Das kam von einem Niggerkind/ Im dunklen Afrika.“
„Und wenn das schwarze Baby nun/ den gelben Stein nicht fand?“
„So hätten wir halt nichts zu tun/ Im lieben Vaterland.““

Daß Deflation und Inflation sich abwechseln müsse wie das wechselnde Wetter, daß man sie also wie Naturereignisse hinnehmen müsse — mit dieser Ansicht wird gründlich aufgeräumt. Inflation und Deflation werden *immer gemacht*, und es gibt Menschen, die ein Interesse daran haben: das primitive Interesse arbeitsloser Bereicherung. Die Morgan-Krise vor dem ersten Weltkrieg ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür! (Siehe auch: Fritz Schwarz, „Morgan, der ungekrönte König der Welt“). — Es ist diese Biographie des Geldes ein glänzendes Kapitel neuerer Wirtschaftsgeschichte!

Werner Schmid hat im Laufe der Jahre eine ganze Reihe kleinerer Schriften herausgegeben. Die Prägnanz seiner Darstellung überrascht immer. Schwierigste ökonomische Probleme werden klar. Er, der glänzende Redner, ist auch ein ebenso glänzender Schreiber für Fachleute *und* für das Volk; denn „Demos“ ist der Souverän in der Demokratie und Werner Schmid der Lehrer dieses Souverän. Das Problem des Zinses wird einleuchtend dargestellt in „*Der Zins, den wir bezahlen*“. Das Geldsystem wird so eingerichtet werden müssen, „daß es die Hydra des Zinses langsam zwar, aber sicher zum Erliegen bringt. — Die nötigen Maßnahmen sind bald einmal umschrieben.

1. Die Nationalbank muß den Geldumlauf des Landes so regeln, daß die Kaufkraft des Frankens stabil bleibt, daß sie weder durch eine Inflation sinkt, noch durch eine Deflation steigt.

2. Wenn als Folge der dauernden guten Konjunktur, die sich daraus ergibt, die Kapitalbildung wächst und auf den Zinsfuß drückt und dadurch ein Geldstreik ausgelöst wird, hat sie Maßnahmen zur Sicherung des Geldumlaufes zu ergreifen. Dadurch wird das Kapital zum Angebote gezwungen, der Zinsfuß sinkt weiter, das Arbeitseinkommen steigt zu Lasten des arbeitslosen Einkommens.

3. Um ein Ausweichen des Kapitals auf den Boden zu verhindern, ist der Boden durch die Gemeinden zurückzukaufen und im Baurecht oder in Erbpacht abzugeben. Dadurch wird die steigende Grundrente der Allgemeinheit zugeführt.

So einfach soll das sein?

So fragt wohl der Leser. Ja, so einfach ist das. So einfach wäre das – wenn nicht die Interessenten am Zins mit tausend Wenn und Aber und komplizierten Theorien diese einfachen Zusammenhänge verschleierten und wenn die lieben Mitbürger diesen Schleiertänze nicht so viel Aufmerksamkeit schenken, sondern ihrem einfachen und gesunden Verstande etwas mehr zutrauten. Dieses System der Ausbeutung wird genau so lange dauern, wie wir es dulden.“

Eine Schrift Werner Schmidts zur Geldentwertung: „*Ein Franken ist ein halber Franken*“ – das Schlußkapitel: „Was getan werden muß“: einleuchtend; aber warum wird es nicht getan? Sind die Fachleute, deren Beruf es ist, die Funktion des Geldes zu verstehen, nicht in der Lage, Krankheiten, die diese Funktion behindern, zu heilen? Nehmen wir an, man versteht die Funktion des Geldes nicht – sonst müßte man schlimmeres denken!

„Auf dem Wege zur Freiheit“: Am Gelde liegt's wieder. Zwar vermittelt die Tauschgerechtigkeitsfunktion des Geldes, die unter allen Umständen erhalten bleiben muß, wenn nicht durch Inflation oder Deflation alle Verträge gefälscht werden sollen und Ungerechtigkeit die Folge ist, noch nicht unmittelbar die Freiheit in ihrem Kern selber, aber die Gerechtigkeit ist doch die Verkörperung der Freiheit und zwar in den mitmenschlichen wirtschaftlichen und rein rechtlichen Beziehungen. Die Folge der Gerechtigkeit wird Freiheit sein; denn die Gerechtigkeit enthält die Freiheit in sich.

„Neoliberalismus und Freiwirtschaft“, „Der Bundesrat greift zur Wirtschafts-diktatur“, „Das Programm der Freiheit in Politik, Wirtschaft und Kultur“, „Staat, Wirtschaft, Erziehung“, „Die Gefahren des Wohlfahrtsstaates“ – alle diese Schriften Werner Schmidts sind Variationen des gleichen Themas: die Idee und Erfahrung der natürlichen Wirtschaftsordnung, der sozialen Gerechtigkeit, bis in die Tagesfragen der Politik hinein zu verfolgen: ein reiches Schrifttum voller Anregungen für den, der sich Klarheit verschaffen will über die Sozialordnung, und

so einleuchtend und dem gesunden Menschenverstand zugänglich, daß man sich wundert, daß das nicht längst allgemeine Praxis geworden ist.

Einmal war es Praxis: damals 1932/33 in Wörgl in Tirol, als der Bürgermeister Michael Unterguggenberger das funktionsunfähige Dauergeld, das seinen sozialen wirtschaftlich-rechtlichen Dienst verweigerte und streikte, durch Schwundgeld, Freigeld ersetzte, den Geldumlauf wieder in Schwung brachte. Die Folge war: Zivilisation und Kultur blühten, Wohlstand in einer Umgebung von Elend und Not. Fritz Schwarz hat darüber geschrieben: „Das Experiment von Wörgl“. „Das Experiment von Wörgl lief darauf hinaus, die Lehren Silvio Gesells einmal praktisch anzuwenden und zu zeigen, daß Professor Irving Fisher Recht gehabt hat, als er sagte: ‚Freigeld richtig angewendet, würde die Vereinigten Staaten in drei Wochen aus der Krise herausbringen‘.“

Viel ist über Wörgl und seinen mutigen Bürgermeister geschrieben worden. Im Sommer 1933 besuchte Eduard Daladier, der spätere Regierungschef Frankreichs, Wörgl. Ausführlich hielt er zwei Jahre danach in Nantes eine Rede auf dem Kongreß der Radikalsozialisten darüber: „Ich behaupte, daß man der Krise nicht Herr wird, solange man das Geldwesen nicht in der Hand hat, und ich betrachte sowohl die Inflation als auch die Deflation als einen Betrug; es ist das eine so falsch wie das andere. Nur durch die Anpassung des Geldumlaufs an das Warenangebot wird man der Umlaufkrise abhelfen und dadurch dem kleinen Gewerbe, dem kleinen Handel Frankreichs Hilfe bringen, deren Zusammenbruch durch die Krisenbestrebungen des Großkapitals verursacht wird. Ich will Ihnen einen bemerkenswerten Versuch zur Prüfung unterbreiten.“ Und dann sprach er von Wörgl. Unterdessen war der so erfolgreiche Versuch von Wörgl „von oben“ her verboten...

Es obliegt uns nun noch, auf eine Schrift von Werner Schmid hinzuweisen, die in gedanklicher Gerafftheit und präziser Formulierung die menschenwürdige Sozialordnung der Zukunft wie ein Breviarium umreißt: „*Ziel und Weg des sozialen Liberalismus*.“ Wir möchten diese Schrift wegen der Gültigkeit ihres Inhaltes umbenennen in: Brevier einer künftigen Sozialordnung. Nahezu alle Themen des menschlichen Zusammenlebens werden grundsatzartig zusammengefaßt:

„Das Ziel des liberalen Sozialismus ist eine von Monopolen befreite Wettbewerbswirtschaft, in welcher der Preismechanismus ungehindert spielt; die Produktion durch ihn gelenkt wird. Die freie Wettbewerbswirtschaft ist die notwendige Ergänzung zur politischen Freiheit. Staatliche Planwirtschaft hebt die Freiheit auf und führt zur Diktatur.“

Es „ergibt sich, daß sowohl die Inflation – also die im Verhältnis zur angebotenen Gütermenge zu starke Vermehrung der umlaufenden Zahlungsmittel – als auch die Deflation – die im Verhältnis zur angebotenen Warenmenge zu starke Verminderung der umlaufenden Zahlungsmittel – den wirtschaftlichen Ablauf hemmen, die Wirtschaft und damit die wirtschaftenden Menschen schä-

digen, eine ständige Fälschung der Zahlungsverträge bewirken und aller Gerechtigkeit Hohn sprechen. Sie stören die freie Marktwirtschaft, schädigen die Schaffenden — und begünstigen die Spekulation. Die Goldwährung, als klassisches Instrument dieser Schaukelpolitik, ist abzulehnen. An ihre Stelle muß die Indexwährung treten, die Politik der festen Kaufkraft des Geldes. Sie wird verwirklicht durch die ständige Anpassung der umlaufenden Geldmenge an das Warenangebot.“

„Zur Politik der festen Kaufkraft des Geldes gehört die Politik des flexiblen Wechselkurses. Der freie Wechselkurs spielt sich auf die Kaufkraftparität ein, sodaß Import und Export sich frei und ungehindert abwickeln und die wirtschaftliche Entwicklung von ausländischen Störungen weitgehend unabhängig wird.“

„Die Vorherrschaft des Kapitals über die Arbeit beruht auf der Hamsterfähigkeit des Geldes. Indem das Geld willkürlich dem Kreislauf der Wirtschaft entzogen werden kann, wird eine Deflationskrise ausgelöst. Außerdem ermöglicht die Hamsterfähigkeit des Geldes dem Kapital, durch den Geldstreik den Zintribut zu erpressen. Zins ist Ausbeutung und schädigt die Produktivität der Wirtschaft. Durch die Dienstpflicht des Geldes wird der Blutkreislauf der Wirtschaft gesichert und die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital überwunden. Das private Geldmonopol ist gebrochen. Durch eine entsprechende Gesetzgebung wird die Geldversorgung der Wirtschaft in den Dienst der Arbeit gestellt.“

„Der Boden, eine Monopolware, muß in den Besitz der Allgemeinheit zurückgeführt, aber der privaten Bewirtschaftung überlassen werden. Der zurückgekaufte Boden soll im Baurecht verpachtet werden. Landwirtschaftlich genutzter Boden darf nur von selbsttätigen Landwirten übernommen werden. Den Gemeinden ist ein Vorkaufsrecht einzuräumen.“

Es ist erstaunlich, daß Politiker und Wirtschaftler der letzten 50 Jahre nicht im umfänglichen Maße danach gehandelt haben. Manche der entsetzlichen Chaotisierungen der letzten Jahre wären uns erspart geblieben. Noch erstaunlicher ist, daß auf den Schulen eine solche aus der Natur der Sache abgelesene Sozialordnung den Heranwachsenden nicht nahe gebracht wird, kann man doch kein moderner Mensch sein, ohne gründlich über die Probleme des Geldes, der Kapitalbildung, des Zinses und des Bodens aufgeklärt zu sein...

Silvio Gesell, Fritz Schwarz, Werner Schmid waren und sind moderne Geister freiesten, königlichen Menschentums. Goethe hat in seinem „Märchen“ modernste Menschengestigkeit und Menschenordnung in Bildern dargestellt. Ein dreifaches Königtum tritt aus dem Dunkel des mythologisch-historischen Hintergrundes hervor. Dreigestaltig wird die Sozialordnung der Zukunft, die Freiheit interdependierend sein: eben königlich. — Dreimal besucht Goethe die innere Schweiz. 1797 notiert er: „Zum dritten Male besucht' ich die kleinen Kantone, und weil die epische Form bei mir gerade das Übergewicht hatte, ersann ich einen Teil unmittelbar in der Gegenwart der klassischen Örtlichkeit.“

An Schiller schreibt er zur selben Zeit: „Ich bin fast überzeugt, daß die Fabel vom Tell sich werde episch behandeln lassen, und es würde dabei, wenn es mir, wie ich vorhabe, gelingt, der sonderbare Fall eintreten, daß das Märchen durch die Poesie erst zu seiner vollkommenen Wahrheit gelangte, anstatt daß man sonst, um etwas zu leisten, die Geschichte zur Fabel machen muß...“ Zwei Jahre vorher hatte Goethe das „Märchen“ (von der schönen Lilie und der grünen Schlange) an Schiller für die „Horen“ gesandt. „Der Alte mit der Lampe“ und drei Könige im „Märchen“ – an der „klassischen Örtlichkeit“ der Tellsage: der Tell oder Tall und seine drei Gefährten – Könige weder von Geburt noch dem Amte nach, aber Könige des Geistes und des inneren Menschentums! Der „alte König“: der Urner Walter Fürst; der „junge König“: der Unterwaldner Arnold von Melchtal; Stauffacher, der Schwyzer: der „mittlere König“. Alle handeln im Sinne der sozialen Zukunft, als es „an der Zeit“ ist. Eine Art „heilige drei Könige“, aber nicht Führer und Regierer des Volkes, sondern wie realmythisch aus dem Volke hervortretend ...

Etwas von einem solchen Königtum der Ordnung der Zukunft lebte in Silvio Gesell, Fritz Schwarz und lebt in Werner Schmid: urschweizerisch – mitteleuropäisch – christlich.

Goethe trat seinen „Fabelstoff“ vom Tell an Schiller ab, der sein bekanntes Drama daraus gestaltete. Aber Goethe schrieb außer dem „Märchen“ der drei Könige einen Spruch, der auf das Königtum der Zukunft weist als dem wahren Menschentum und seiner mitmenschlichen Ordnung:

Wenn was irgend ist geschehen,
Hört man's noch in späten Tagen;
Immer klingend wird es wehen,
Wenn die Glock ist angeschlagen.
Und so laßt von diesem Schalle
Euch erheitern, viele, viele!
Denn am Ende sind wir alle
Pilgernd Könige zum Ziele.

Verzeichnis der genannten Schriften:

von Silvio Gesell:

Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld

Die Freiwirtschaft vor Gericht

Denkschrift für die deutschen Gewerkschaften...

Nervus Rerum

Der Aufstieg des Abendlandes

Der abgebaute Staat

Die Verstaatlichung des Geldes

Das Reichswährungsamt
Physiokrat – verschiedene Jahrgänge

von Werner Schmid:

Schüler – Lehrer – Eltern

Ernst Abbe, der Begründer der Zeisswerke in Jena

Silvio Gesell, die Lebensgeschichte eines Pioniers

Carl J. Burckhardt

Vorwiegend heiter – kleine Episoden aus meinem Leben

Schweizerische Außenpolitik gestern, heute und morgen

Fritz Schwarz, Lebensbild eines Volksfreundes

Die Geschichte des Schweizer Frankens

Der Zins, den wir bezahlen

Ein Franken ist ein halber Franken

Auf dem Wege zur Freiheit

Neoliberalismus und Freiwirtschaft

Der Bundesrat greift zur Wirtschaftsdiktatur

Das Programm der Freiheit in Politik, Wirtschaft und Kultur

Staat, Wirtschaft, Erziehung

Die Gefahren des Wohlfahrtsstaates

Ziel und Weg des sozialen Liberalismus

Der Schweizer Boden dem Schweizer Volk

von Fritz Schwarz:

Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker, 2Bde.

Morgan, der ungekrönte König der Welt

Das Experiment von Wörgl

Grundfragen der Wechselkurspolitik¹

Franz Joachim Clauß

Im Juni 1972 hatte die Pfundkrise die britische Regierung genötigt, den Wechselkurs des Pfundes freizugeben. Diese Krise war von besonderer Bedeutung gewesen, denn sie erschien nicht einmal von den Grundfakten her als motiviert. England hatte ja nie eine so gute Außenwährungssituation, nie so gute Zahlungsbilanzen gehabt wie in den letzten zwei Jahren. Vor allem 1971 hatte es sehr große Überschüsse gegeben. Die Währungsreserven hatten sich in den letzten Jahren etwa verdoppelt, die Verschuldung war auf 1/8 abgebaut worden. Fast alle Schulden, die man vor 5 Jahren, nach der letzten Währungskrise, aufgenommen hatte, hatte man zurückgezahlt. Von diesen Fakten her war nicht zu sehen, warum da eigentlich eine Krise ausgebrochen war.

Die zweite Währung, die sich bekanntlich schon seit etwa 10 Jahren in der Schußlinie befindet, ist der Dollar. Die Vereinigten Staaten haben ein Riesen-Zahlungsbilanzdefizit, das größte in der gesamten bisherigen Geschichte dieses Landes. Aber hierin hatte sich ja in letzter Zeit wenig verändert. Die innere Situation hatte sich sogar etwas verbessert. Die inneren Inflationsraten, mit denen sich alle Welt ständig beschäftigt, waren 1972 auf ein Ausmaß zurückgegangen, wie man es ein halbes Jahr zuvor nicht erwartet hätte. Dadurch standen die Vereinigten Staaten, was die innere Inflation betraf, bis in die jüngste Zeit hinein am besten da in der ganzen Welt. Sie hatten 1972 den schwächsten Preisanstieg im internationalen Vergleich, nämlich wenig mehr als 3 %! Das ist ein Geldwertschwund, von dem man in Westeuropa seit langem nicht mehr zu träumen wagt. Wir haben ja selbst in Deutschland, auf der ehemals vielgerühmten „Insel der Stabilität“, inzwischen eine Geldwertverschlechterung von mehr als 6 %. Auch die Schweiz hat 6 %, von anderen Ländern mit traditionell hohen Inflationsraten, wie Frankreich, Holland, Schweden, gar nicht zu sprechen.

Diese zu wenig beachtete *Diskrepanz zwischen dem äußeren und dem inneren Währungswert* der wichtigsten Länder zeigt uns ein weiteres Faktum, nämlich die Ausweitung des Geldvolumens, also jenes Indikators, den man in Zeiten der klassischen Nationalökonomie (und man sollte das heute noch tun) als wichtigsten Indikator für das nimmt, was man als „Geld-Inflation“ bezeichnet. Diese Geldvolumen-Inflation machte im ersten Vierteljahr 1972 im Vergleich zum Vorjahr in der Schweiz nicht weniger als 19 % aus. Und das in einem Land, das wie unseres in den letzten 15 Jahren als „Stabilitätsinsel“ galt, zu der alles Ka-

1) Vortrag, gehalten im Juli 1972 in Herrsching/A. 27. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung.

pital hinströmt. — Für den Fachmann war das freilich nicht so überraschend. Denn diese Geldinflation ist ja aus der importierten Inflation hervorgegangen — auch bei uns, mit einer Geldvolumen-Expansion von 15 %.

Diese Inflationsraten lagen fast dreimal so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Denn diese hatten (auch das ist wieder ein Gegensatz zu dem, was in der öffentlichen Weltmeinung an Sterotypen grassiert) nur ein Geldvolumen-Anstieg von 6 % — und das ist eigentlich schon normal. Denn bei einem realen Sozialprodukt-Anstieg von 6 oder 7 % kann ja das Geldvolumen ruhig um 6 % wachsen.

Diese Fakten zeigen, daß zwischen dem, was in der Öffentlichkeit mit Schlagworten wie „Währung“, „Währungsstabilität“, „Inflation“ usw. zerredet wird, ein bemerkenswertes Durcheinander besteht. Genauer: zwischen den Binnen-Währungsverhältnissen und den Außen-Währungsverhältnissen besteht allzuoft ein extremer Unterschied, wie er größer gar nicht sein kann.

Ziehen wir noch einmal den Kontrastfall Vereinigte Staaten/Bundesrepublik heran: Die Vereinigten Staaten sind, was ihre Außen-Währungsverhältnisse anbetrifft, das am meisten „geplagte“ Land, das in den vergangenen 10–15 Jahren die meisten Reservenverluste hatte. Sie stehen also am schlechtesten da, was den äußeren Geldwert des Dollars anbetrifft. — Und die BRD steht, was den äußeren Währungswert anbetrifft, am besten da: exorbitante „Gewinne“ an Währungsreserven. Alle Welt schafft Kapital in die BRD, weil man ständig und immer wieder — das geht ja nun auch schon 10–15 Jahre — erwartet, daß die DM aufgewertet wird. —

Doch mit dem inneren Währungswert verhält es sich umgekehrt: Die Vereinigten Staaten haben den im internationalen Vergleich geringsten Geldwertschwund aufzuweisen — wir zwar noch nicht den höchsten unter den Industrieländern, aber inzwischen liegen wir doch schon wesentlich über dem Mittelwert vergleichbarer Länder.

Von den Zahlungsbilanzen und deren Entwicklung in den einzelnen Ländern waren die Krisen von 1972 nicht motiviert. Die Grund-Zahlungsbilanz der BRD war ausgeglichen, man konnte also von daher nicht mit weiteren Aufwertungen rechnen. — Doch was die Menschen glauben, ist Realität oder wird eben durch dieses Verhalten dazu. Im Falle Englands hatte sich am deutlichsten gezeigt, daß das Ganze eine von den Grundfakten völlig abgelöste spekulative Entwicklung war. Man rechnete damit, daß das Pfund in absehbarer Zeit wieder einmal abgewertet würde, und ging nun in die Spekulation. Die Spekulation kumulierte sich, und der Abzug an Geldern zwang die Regierungen zur Freisetzung des Pfund-Kurses.

Das war in diesem Falle ohne Zweifel die einzig richtige Maßnahme, um der Spekulation schnellstens die Spitze abzubreaken. Die Frage ist leider, ob eine echte Flexibilität der Wechselkurse von Dauer sein wird. — Ich fürchte, daß sie

das nicht sein wird, im Hinblick auf Englands EWG-Mitgliedschaft. Schon dieses Faktum wird England zwingen, zu einem festen Kurs zurückzukehren.

Und das ist die ganze verbleibende Problematik. Denn wenn man immer wieder zur Fixierung zurückkehrt und sich wie im Dezember 1971 allgemein der Illusion hingibt, mit einer Neufestsetzung habe man endlich eine „Generalbereinigung“ geschafft und habe nun irgendetwas an der Misere geändert, dann bleibt alles wieder bei immerwährender Illusion. Ich meine, es wäre besser, auch in der EWG wenigstens eine größere Auflockerung in Richtung Stufenflexibilität ins Auge zu fassen — also, sich durchzuringen zu schnellerer Anpassung, vielleicht in kleineren Stufen, aber dann umso öfter.

Hier hat es nicht zuletzt durch die Pfund-Krise und durch die Weltwährungskrise von 1971 gewisse Lichtblicke gegeben. Sogar Organisationen, die früher zu den Hochburgen des Fixkursdenkens gehörten, wie z. B. die Konferenz der Finanzminister der EWG, hatten sich 1972 dazu durchgerungen, zu verkündigen, man wolle nun zwar wieder feste Wechselkurse anstreben, aber man wolle doch eine etwas leichtere Anpassung der Währungsparitäten ins Auge fassen.

Wenn man das pessimistisch sieht, kann man sagen, „im Westen nichts Neues“: es wird sich nichts ändern, es wird nach wie vor die starre Fixierung die Regierungen daran hindern, rechtzeitig die Wechselkurse anzupassen. Das Problem ist ja doch vor allem auch ein Prognoseproblem. Man hat eben einfach Ende 1971 nicht gewußt, daß so schnell wieder eine Krise ausbricht, sonst hätte man nicht das Pfund im Dezember 1971 de facto um 8 % aufgewertet.

Wenn man es aber optimistisch sieht, kann man sagen: Es ist sicherlich nur ein kleiner, aber doch schon ein Fortschritt, wenn man zu einer etwas leichteren, liberaleren, flexibleren Auslegung des Fixkursprinzips kommt. Weiteres Symptom war ein Bericht der OECD — einer Organisation, die auch früher immer nur die festen Wechselkurse betont hatte —, in dem sie verkündete, es sei wichtig, zwar weniger starke Wechselkursänderungen, aber zur rechten Zeit, also öfters als bisher vorzunehmen.

Das Grundproblem ist, ob man sich dazu durchringen wird, davon abzugehen, daß Wechselkursänderungen immer nur die ultima ratio sind, also Notbremse, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist — oder ob man sich entschließen wird, Wechselkurspolitik prophylaktisch, in Voraussicht kommenden Probleme, als Instrument einzusetzen. Diese Frage ist deshalb so entscheidend, weil in allzu vielen westlichen Ländern sich immer wieder gezeigt hat, daß die Zahlungsbilanzentwicklung und damit die gesamte Wechselkursfrage ein Hemmschuh für die gesamte Wirtschaftsentwicklung ist. Der traurigste Fall war in dieser Hinsicht in den letzten 15 Jahren Großbritannien — also ein Land, das einst, im vorigen Jahrhundert, nicht nur die großmachtpolitisch, sondern auch wirtschaftlich die führende Nation der westlichen Welt überhaupt gewesen ist. Durch das ungelöste Wechselkurs- und Zahlungsbilanzproblem ist dieses Land

fast zu einem unterentwickelten Land geworden. Man hatte in den vergangenen 20 Jahren immer wieder, um „den Pfundkurs zu retten“, die Wirtschaft gedrosselt, der Wirtschaft Deflationsschrauben angelegt, die eine Wirtschaftsentwicklung, wie wir sie in den kontinental-europäischen Ländern hatten, gar nicht aufkommen ließ.

Berechtigte Frage ist natürlich, ob man mit einer Flexibilitätslösung bei verrotteten sozialen Verhältnissen wie in England sämtliche Probleme lösen kann. Sie haben ja dort diese Gewerkschaftsprobleme und andere schwere innere soziale Probleme – Aber auch hier sollte man nicht verkennen, daß diese Probleme zu einem großen Teil durch die schwache wirtschaftliche Entwicklung in England mitbedingt waren. Denn Gewerkschaften, die ständig um ihre Arbeitsplätze ihrer Mitglieder fürchten müssen, sind natürlich viel neurotischer und viel feindlicher gegenüber Rationalisierungsbestrebungen; sie gehen natürlich viel eher in Streiks als etwa unsere Gewerkschaften.

Das entscheidende Problem, das die Situation erneut besonders schwierig macht – nachdem man hoffen konnte, mit der Wechselkurs-Flexibilität in England und Deutschland sei etwas mehr Vernunft eingekehrt – entsteht aus der europäischen Währungsunion. Wenn dieses Konzept – der sog. „Werner-Plan“ – verwirklicht wird, dann wird das die ganze Entwicklung um Jahrzehnte zurückdrehen. Denn es orientiert sich unbewußt an der Goldwährung und dessen währungstheoretischem Kernstück, den festen, unveränderlichen, „unwiderruflich“ festgelegten Währungsparitäten. Das ist ja das ganze Motiv dieser Währungsunion: Man will die europäischen Länder durch den festen Kurs „zusammenschweißen“, indem man ihnen eine gemeinsame Währung verordnet. – Doch meine ich, daß dies nicht nur eine Gefahr für die äußere Währungsordnung unseres Landes ist, sondern für die aller europäischen Länder.

Wie schon seit ein bis zwei Jahrzehnten, so hat sich somit einmal mehr gezeigt, daß prognostischer Pessimismus hinsichtlich der „internationalen Währungsordnung“ nicht leicht übertrieben werden kann. Für absehbare zukünftige Zeiträume dürfte die Feststellung erlaubt sein: Wenn je irgendwo auf volks- und weltwirtschaftlichem Gebiet extrapolatives Denken als sinnvoll erscheinen darf, dann hier. Vor allem gilt das für den Plan einer Europäischen Währungsunion und die dort (für die dritte Planstufe) vorgesehene „unwiderrufliche Festsetzung der Paritätsverhältnisse“ und „Beseitigung der Bandbreiten der Wechselkurse“². Nach dieser Konzeption sollen „autonome Paritätsänderungen mit dem Eintritt in die Endphase endgültig ausgeschlossen“² sein. Plangemäß sollen „die Fortschritte in der Konvergenz der Wirtschafts- und Währungspolitik ... im Verlauf der zweiten Stufe so groß werden, daß die Mitgliedsländer möglichst

2) Diesbezügliche Formulierungen des sog. „Werner-Plans“.

nicht mehr gezwungen sind, zu autonomen Paritätsänderungen Zuflucht nehmen zu müssen“^{2,3}.

Der am 1. Januar 1973 in Kraft tretende Beitritt Großbritanniens, Dänemarks, Irlands und Norwegens zur EWG wird die Realisierungsmöglichkeiten dieser Planvorstellungen gewiß nicht verbessern. Die überraschende Pfundkrise und die jüngste krisenhafte Entwicklung des Weltwährungssystems haben erkennen lassen, wie wenig solche Prognose- und Realprobleme bisher in die globalen Planungskonzepte einbezogen wurden – und wie wenig sie einkalkuliert werden können. Abgekürzt formuliert kann man sagen: *Die EWG-Planungen beruhen auf äußerst problematischen, empirisch wenig fundierten Lehrmeinungen und zum wenigsten auf aktuellem Erfahrungsstand – von notwendigsten Extrapolationen dieser Erfahrungen in absehbare zukünftige Zeiträume gar nicht zu sprechen.*

Schon die Entwicklung der vergangenen Jahre, die ja auch innerhalb der bisherigen sechs EWG-Länder beträchtliche Außenwährungs-Diskrepanzen offenbarte (defizitäre Probleme in Frankreich 1968/69 und jüngst in Italien, Devisenüberfluß-Probleme bei uns, in Belgien und den Niederlanden) hatte gezeigt, auf welch problematischen, erfahrungswissenschaftlich gesehen *realitätsfernen Voraussetzungen* solche langfristigen Planungen beruhen können. Diese praktischen Erfahrungen sowie elementare prognostische Überlegungen lassen sich mit dem Blick zurück und voraus zu der vorläufigen Schlußfolgerung verallgemeinern: *Durch „Konvergenz“ der inneren Wirtschaftsentwicklung oder durch „Koordination“ der inneren Wirtschafts- und Währungspolitik allein, ohne Unterstützung durch realistische, vorbeugende Außenwirtschaftspolitik, wird der Zwang zu überstürzten, langfristig insuffizienten oder falschen Notbremsungen keinesfalls beseitigt werden.* Im Optimalfall könnte der Druck von außen dadurch etwas gemildert werden – aber eben in aller Regel doch zu wenig, um zur ausschließlichen Grundlage globaler Planungskonzeptionen gemacht werden zu können. Die Unausweichlichkeit der außenwährungspolitischen Alternative kann dadurch nur wenig gemildert, allenfalls verschoben werden: Entweder Wechselkurspolitik – oder dirigistische Ersatzmaßnahmen, also Einschränkung der freien Konvertibilität der Währungen, des freien Handels- und Kapitalverkehrs usw. Denn der Druck von außen und der damit verbundene Sachzwang entsteht zumeist aus weitgehend unvorhersehbaren kürzer- oder längerfristigen Veränderungen der Zahlungsbilanzströme. Und diese sind nicht entscheidend bedingt durch Divergenzen der Zinssätze, der „Kaufkraftparitäten“, der Löhne, der inneren Geldwert- bzw. Preisentwicklung, durch Unter-

3) Ausführliche Zitation in früheren Beiträgen des Autors: „Zur empirischen Problematik einer Währungsunion mit starr fixierten Wechselkursen“ und „Der Werner-Plan und seine politischen Konsequenzen“, in: Ifo-Schnelldienst Nr. 32 vom 9.8.71, S. 11–19 und Nr. 50 vom 14.12.70, S. 13–19.

schiede der „monetären Disziplin“ – oder welche Schlagworte (von denen jeweils nur ihre Verwender wissen, was sie beinhalten) gerade im Rampenlicht der öffentlichen Meinung stehen mögen. Mögen einige dieser populären Indikatoren gelegentlich zu Recht als maßgebliche Parameter einer zeitweiligen Entwicklung im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen (wie insbesondere die Zinsdifferenzen): *Der ständige, schnelle, unvorhersehbare Wechsel der Stärke ihrer Bedeutung im Zeitablauf läßt alle monokausalen Theorien und die darauf basierenden wirtschaftspolitischen Rezepte aus erfahrungswissenschaftlicher Sicht als illusorisch erscheinen.* Ganz abgesehen von allzuvielen Illusionen, die man sich in der Öffentlichkeit und allzuoft auch unter maßgeblichen Politikern über die wirtschaftspolitische Beherrschbarkeit vermeintlicher Aktionsparameter macht: über den Grad der Beeinflussbarkeit und „Machbarkeit“ der wirtschaftlichen Entwicklung, um ein zeitweilig beliebtes Schlagwort zu gebrauchen.

Für empirisch fundierte Sozialökonomie kann die Zeit der allgemeinen Theorien, der großen „Weltformeln“, wie man mit dem Blick auf die theoretische Physik und im Gegensatz zu ihr sagen könnte, als überlebt gelten, jedenfalls im hier erörterten Bereich (wovon diese Zeilen selbstverständlich nur einen kleinen Ausschnitt beleuchten können). Allzu allgemeine Theorien und realitätsferne Doktrinen sollten daher nicht zur Basis globaler wirtschaftspolitischer Pläne gemacht werden, mit dem Ergebnis monokausal orientierter Wirtschaftspolitik, die sich an allzu vereinfachten empirisch nicht haltbaren Prämissen orientiert – wie im vorstehend erwähnten Zusammenhang.

Auch im Bereich von Wirtschaft und Gesellschaft sind Quadraturprobleme nicht allein durch Willensakte zu lösen. Voraussehbar ist hier vor allem: Es wird stets mit Überraschungen zu rechnen sein, die allzu simple Dammbau-Konzepte, wie das einer Währungsunion mit starren Währungsparitäten bei vollständiger Konvertibilität der Währungen, völliger Liberalisierung des Handels- und Kapitalverkehrs usw., überspülen werden. Die jüngste Weltwährungskrise hat das besonders deutlich erkennen lassen. Denn sie kam ja, wie die von 1972, zu einer Zeit, da die sonst als maßgeblich angesehenen grundlegenden Fakten und „objektiv gegebenen“ statistischen *Daten in den chronischen Krisenländern keinen besonderen Anlaß zur Währungsspekulation und krisenhaften Entwicklung ergeben hatten.*

Alles das wird, das ist leicht vorauszusehen, immer wieder zu einem Rückfall in die gewohnten mißlichen Verhältnisse führen – in Extremfällen zu denen der Goldwährung. Denn in der Zeit der Goldwährung war ja die innere Wirtschaft völlig an die Außenwirtschaft gekoppelt. Bei unveränderlich festen Währungsparitäten gab es ein Ausmaß von Import und Export, von Inflationen und Deflationen, von dem wir uns heute kaum noch einen Begriff machen können. In der Zeit vor 1914, die noch immer als die „gute alte Zeit“ gilt, gab es nicht nur Deflationsperioden, in denen wir Preisrückgänge von jährlich bis 5 % hatten,

sondern wir hatten auch entsprechend starke Inflationsperioden. Das wird allgemein vergessen. Nur langfristig glich sich die Entwicklung aus. Wenn man langfristig Werte vergleicht, ergibt sich natürlich rein statistisch eine „bessere“ Entwicklung als heute. Das hat aber damals den Menschen gar nichts genützt. Denn Deflationen mit starken Preisrückgängen sind ein nicht weniger großes, vielmehr ein größeres Übel als unaufhörlicher Preisanstieg.

Der kardinale Irrtum der Planer der europäischen Währungsunion liegt m.E. darin, daß sie allzusehr auf die Stereotypen der akademischen Lehrmeinungen ausgerichtet sind. Man glaubt hier allen Ernstes, wenn man die innere wirtschaftliche Entwicklung der Länder „koordiniert“, dann wird sich das Außenwährungsproblem von selbst lösen – eine Auffassung, die durch alle Erfahrung der letzten 20 Jahre widerlegt wird. Allein der Kontrastfall USA/Bundesrepublik zeigt, daß bei etwa gleicher innerer Inflationierung die Außenwirtschaftsentwicklung völlig entgegengesetzt verlaufen kann. Setzen wir also den Fall, daß es in der europäischen Währungsunion gelingen würde, die innere Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung der EWG-Länder zu koordinieren, so heißt das noch nicht, daß die Außenwährungsentwicklung ebenfalls so harmonisch verläuft, wie die Unions-Planer sich das vorstellen. Das aber ist die Voraussetzung der gesamten Konzeption der europäischen Währungsunion. Deshalb meine ich, daß von hier aus etwas, das doch für die europäischen Länder einen Fortschritt bringen soll, zum größten Rückschritt führen wird, den wir uns für unsere Zeit überhaupt denken können.

Die Situation ist m.E. auch insofern ziemlich irreparabel, weil ja die Verträge bestehen und weil diejenigen, die möglicherweise imstande wären, den Kernpunkt dieser Abmachungen, nämlich das Prinzip des festen Wechselkurses, zu modifizieren – weil diejenigen *Politiker bis jetzt das Grundproblem*, nämlich die Diskrepanz zwischen der inneren und äußeren Währungsentwicklung *überhaupt noch nicht verstanden haben*. Das geht so weit, daß ein Gremium wie der deutsche Sachverständigenrat allen Ernstes vor einigen Jahren ein neues Währungssystem konstruiert hat, in dem eine langfristig vorgeplante, gleitende DM-Parität vorgeschlagen wird. Also sozusagen eine *geplant-gleitende Variante des Fixkurssystems*, mit einem Wechselkurs, der langfristig sich jährlich um einen geringen Prozentsatz ändern soll. Dieser geringe Prozentsatz soll ausgerichtet werden an Indikatoren der Preisentwicklung, also am Unterschied zwischen der Binnenpreisentwicklung z.B. in Deutschland und der weltwirtschaftlichen Preisentwicklung (wahrscheinlich irgendwelche unzulänglichen Durchschnittsindikatoren, die man zugrunde legen müßte). Stellen wir uns nun dieses System in der Praxis vor, etwa im Fall USA. Dann ergäbe sich die *absurde Konsequenz, daß die Vereinigten Staaten seit 15 Jahren ständig hätten aufwerten müssen!* Und das nur deshalb, weil sie, verglichen mit „dem Preisanstieg“ in der übrigen Welt, bis zum Vietnamkrieg die eindeutig beste Geldwertstabilität,

d. h. den geringsten Preisanstieg hatten! Bis 1969 lagen die langfristigen durchschnittlichen Preisanstiegsraten in USA bei 1,5 %; das sind Größenordnungen, von denen wir in unserem Land überhaupt nicht mehr zu träumen wagen. Und bis in die jüngste Zeit hinein hatten wir ja in USA auch wieder einen relativ geringen Preisanstieg. Der Unterschied zwischen dem Preisanstieg dieses Landes mit relativ guter innerer Währungsentwicklung und der übrigen Welt hatte fast immer etwa 3–4 % betragen. Man hätte also nach dieser Konzeption den Dollar jährlich um 3–4 % aufwerten müssen – während es in den USA gleichzeitig die größten Dollarverluste und Außenwährungsprobleme gab!

Dieses Beispiel zeigt am besten, daß *auch unter wirtschaftswissenschaftlichen Sachverständigen zuweilen noch die Lehrbücher von 1920 regieren*. Der wichtigste Regent ist dabei noch immer die Kaufkraftparitätentheorie von Cassel. Sie wird von Fachleuten implizit, wenn auch nicht dem Namen nach, immer wieder herangezogen zu allen möglichen Erklärungen – während wir als Empiriker feststellen müssen: Sie hat in einer empirisch fundierten Weltwährungstheorie etwa die gleiche Funktion wie das Demokritsche Atommodell für die heutige Atomphysik. Beide sind nicht falsch. Aber natürlich würde kein Fachphysiker heute mehr als historische Reminiszenzen darauf verwenden, um mit dem Demokritschen Atommodell physikalische Grundlagen zu erklären. Doch die Fachnationalökonomie verwendet noch immer Stereotype und Modellvorstellungen, die aus Lehrbüchern von vor 20 Jahren stammen. Das ist das entscheidende Problem.

Ein weiteres Problem ist, daß in solchen Organisationen, die sich mit der Konstruktion einer europäischen Währungsunion befassen, natürlich sehr viele Juristen sitzen, die nun überhaupt wenig Vorstellungen von den sozialökonomischen Realitäten haben, weil sie sich meistens nicht einmal als Laien mit diesen Fakten beschäftigen, sondern nur nachplappern, was alle Welt so redet und schreibt. Für diese Kreise muß ein „fester Kurs“, der zu einer einheitlichen Währung führt und zu einer „Insel der Stabilität“, im Gegensatz zur „Inflation in Amerika“ usw., natürlich eine „optimale Lösung“ sein. So gesehen, ist für die nächsten 10, 20 Jahre wenig Hoffnung. Man kann eigentlich nur erwarten, daß bis 1980 – und das erwarte ich – noch mehrere solcher Krisen auftreten⁴, wie wir sie jetzt hatten. Vielleicht werden bis dahin auch die Politiker, die nur in den erörterten Stereotypen denken, durch den Erfahrungsdruck, wie wir ihn ja auch in den letzten 15 Jahren hatten, gezwungen, von diesen Stereotypen abzugehen. Vielleicht werden sie durch weitere Krisenerfahrungen veranlaßt, wenigstens die endgültige Fixierung der Wechselkurse und die endgültige Zementierung des ganzen Problems auf ein oder zwei Jahrzehnte hinauszuschieben.

4) Von Ende Juli 1972, als dies vorgetragen wurde, verging bis zur nächsten Weltwährungskrise nur ein halbes Jahr.

Für diese fernen Zeiten kann man hoffen, daß sich die europäischen Länder in ihrer inneren Entwicklung etwas mehr angeglichen haben und wir dann tatsächlich im Lauf von Jahrzehnten Zustände kriegen, wie etwa in den Vereinigten Staaten, die ja auch einmal aus selbständigen Einzelstaaten bzw. Kolonien zusammengewachsen sind. — Ob das für Europa ein so großes Glück sein wird, wie es jetzt hingestellt wird, das möchte ich bezweifeln. Die USA haben ja auch ein sehr großes Ausmaß ihrer Probleme eben durch diese Größe: durch die Tatsache, daß hier starke Ströme von Kapital und Arbeitskräften wandern und ganze Gebiete zu unterentwickelten Gebieten werden, andere zu Ballungsräumen mit den umgekehrten Problemen. Wir können uns dann den Raum München in einigen Jahrzehnten als Ballungsraum à la New York vorstellen — Süditalien wird davon bestimmt keinen Gewinn haben. Ganz abgesehen davon, daß ja vom Standpunkt elementarster Umwelt-Philosophie über die „Qualität des Lebens“ New York neben Tokio der übelste Ballungsraum der Welt ist, eine Stadt, die diesen Namen kaum noch verdient.

In dieser langfristigen Perspektive wird man selbst in einer Entwicklung von Jahrzehnten nicht nur Vorteile von einer europäischen Fixkurs-Union erwarten können. Daß sie für die siebziger Jahre sehr viele Probleme bringen wird, liegt für unabhängig denkende Fachleute auf der Hand. Das ist eine Hürde, von der ich nicht weiß, wie man sie überwinden wird.

Wirtschaftsordnung und Bodenrecht

Gedanken zum Kolloquium des Seminars für freiheitliche
Ordnung am 6./7. Januar in Eckwälden/Bad Boll;

„Gibt es einen Dritten Weg?“

Detlef Böhm

Zwei Gesellschaftssysteme stehen sich heute gegenüber in nahezu allen Brennpunkten des politischen Weltgeschehens. Das eine vertritt den Anspruch nach dem Interesse der arbeitenden Menschen gegenüber denjenigen, die selber nicht produktiv arbeiten, sondern von den Ergebnissen der Arbeit anderer leben. Das andere der beiden Systeme vertritt die Zeitlang den Anspruch jedes Menschen auf Selbstverwirklichung und Personalautonomie; in letzter Zeit scheint eine zunehmende Unsicherheit in Bezug auf dieses Ziel sich zu entwickeln.

Wer auf die Wirklichkeit beider Systeme schaut, bemerkt krasse Unterschiede zwischen dem jeweils selbstgesetzten Ziel und den tatsächlichen Verhältnissen. Schaut man auf die Gesellschaftsverhältnisse des Westens, so bemerkt man, daß die Idee der Freiheit des Individuums in Mißkredit gebracht wird durch Vertreter wirtschaftlicher Macht, die sich auf eben diese Freiheit berufen. – ferner, daß in zunehmendem Maße die Freiräume gesellschaftlicher und individueller Selbstgestaltung beschnitten und außer Kraft gesetzt werden, insbesondere im Bereich der Bildung. Die Gesellschaftsverhältnisse der östlichen Nachbarländer andererseits sind gekennzeichnet durch das Wiederaufleben der alten Herrschaftsstrukturen: An die Stelle der Adels- und Königsherrschaft ist die Funktionärsherrschaft getreten. Die Parteihierarchie genießt Vorrechte gegenüber der breiten Bevölkerung, die den Vorrechten der ehemals herrschenden Schicht kaum nachstehen. Also zeigt sich in den Staaten, die vor allem den Impuls der menschlichen Gleichheit verwirklichen wollten, ein Versagen beim Erreichen der eigenen Zielvorstellung, ein Versagen, das durchaus nicht geringer ist als das Versagen der Staaten, in denen der Gedanke der Freiheit gesellschaftsgestaltend hätte werden sollen.

Weder die Länder des Ostens noch die des Westens sind ihrem eigenen Gesellschaftsideal gerecht geworden. Es bleibt die Frage nach den Zukunftsaussichten: Welche Möglichkeiten gibt es im Osten und im Westen für eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse? – Das abrupte Ende des ‚Prager Frühlings‘ macht deutlich, daß das zentrale Machtmonopol es nicht duldet, wenn eine untergeordnete Machtzentrale eigenständig neue Entwicklungen einleiten will. Gesellschaftsveränderungen institutioneller Art sind somit nur noch möglich, wenn sie von einer einzigen Instanz ausgehen oder zumindest gebilligt werden. Eine

unerhörte Machtzusammenballung gestattet es einem kleinen Kreis von Persönlichkeiten, die gesellschaftliche Entwicklung in großen Gruppen der Menschheit zu kontrollieren und zu steuern. Damit ist der Tatbestand der Technokratie gegeben, der in den sozialistischen Ländern in der Sonderform der 'Ideokratie' auftritt. Kennzeichnend dafür und Hauptsteuerungsmittel ist die Regulierung der jeweils gültigen Leitgedanken durch ein kontrolliertes Informationswesen und ein zentralgesteuertes Bildungssystem. Ideen einer Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse können dadurch schon in ihrer Entstehung abgefangen und ausgeschaltet werden. Gegenüber einer derartig umfassend organisierten Kontrolle und Steuerung des geistigen Lebens kann einen die doch vorhandene Opposition nur in Erstaunen versetzen¹. Der Opposition bleibt jedoch kein legaler Bereich innerhalb der Gesellschaft, auf dem sie sich institutionell betätigen darf: Die politische Macht ist monopolisiert; die Wirtschaft, ebenso wie der gesamte Bereich von Wissenschaft, Kunst, Erziehung und Ausbildung unterliegt der politischen Gewalt. Erneuerungsimpulse durch oppositionelle Kräfte haben somit kein Feld, um zum Zuge zu kommen. Damit hat sich das System selbst in eine Sackgasse der Entwicklung manövriert.

Während in den Ländern des Ostens die politischen Instanzen der Gesellschaft die Wirtschaft kontrollieren, kann man in den Ländern des Westens, insbesondere den Vereinigten Staaten eher die Umkehrung dieses Verhältnisses beobachten. Die politisch einflußreichen Positionen können nur mit massiver Finanzhilfe seitens reicher Geldgeber erobert werden. Diese Hilfe muß mit politischen Zusagen erkaufte werden. Damit ist von vornherein gewährleistet, daß der vorherrschende Einfluß industrieller Kreise auf die politischen Entscheidungen gewahrt bleibt. Das Hauptinteresse der Inhaber wirtschaftlicher Macht- und Entscheidungspositionen gilt der Profitmaximierung, d. h. also dem vermehrten Erwerb arbeitslosen Einkommens (wird unten weiter ausgeführt). Diesem Ziel ordnet man die Interessen der Allgemeinheit unter. Die Umweltverschmutzung ist nur eine der Folgen des wirtschaftlichen Profitegoismus. Seit einigen Jahren verstärken sich die Tendenzen, die auch das Schul- und Hochschulwesen in eine rationelle Zuliefererindustrie für den Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten Führungs- und Arbeitskräften verwandeln möchten. Die geistige Selbstentfaltung zum mündigen Menschen als Hauptaufgabe des Bildungswesens wird zurückgedrängt und z. T. als idealistische Schwarmgeisterei belächelt. – Gegenüber diesen Tendenzen haben sich massive Oppositionsbewegungen geltend gemacht, die in der Studentenbewegung der vergangenen Jahre ihren sichtbarsten Ausdruck gefunden haben. Insbesondere die Bewegung gegen den 'militärisch-

1) Vgl. dazu die Dokumentation von W. Bukowskij: Opposition – Eine neue Geisteskrankheit in der Sowjetunion? München 1971. Sowjetische Oppositionelle berichten über ihre Reformideen und -aktivitäten und über ihre anschließende Behandlung als Geisteskranke.

industriellen Komplex' in den Vereinigten Staaten hat in diesem Sinne weltweite Publizität gewonnen. Gerade hier zeigte sich aber – spätestens im Verlauf und Ausgang der letzten Präsidentschaftswahlen – der Mangel an geistig-moralischer Kraft. Geschwächt durch den Selbstgenuß im Drogenrausch und durch die Flucht aus dem gesellschaftlichen Engagement in den Subjektivismus sektiererischer Heilslehren kam es nur zu wenig organisierten Einzelaktionen. Eine durchgängige Analyse fehlte; zur Konzeption und Durchführung einer Alternative für die Gesellschaft mangelte es an geistig-moralischer Stoßkraft. Die anfängliche Sympathie der Öffentlichkeit ging verloren, die Inhaber der Macht gewannen Zeit für eine organisierte Verteidigung ihrer bedrohten Position, und so ging der Augenblick für eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ungenutzt vorüber – in den Vereinigten Staaten.

Anders verlief die Entwicklung in Europa, insbesondere der Bundesrepublik. Von Anfang an gab es hier in den Parteien der Arbeiterschaft starke politische Kräfte, die gegenüber finanziell-industriellen Machtgruppen kritisch eingestellt waren. Die Parteienfinanzierung, auch wenn sie das Parteiensystem eher verfestigt als überwindet, trägt doch dazu bei, den politischen Kräften einen gewissen Spielraum gegenüber wirtschaftlicher Beeinflussung zu verschaffen. Die Studentenbewegung schließlich konnte sich von Drogenmißbrauch und religiösem Sektierertum weitgehend freihalten. Stets gab es in ihrem Zentrum einen ‚harten Kern‘ derjenigen, die den Willen nach gesellschaftlicher Veränderung weitertrugen. Die Niederlage von 1968 (Notstandsgesetz) führte nicht zu einem Zusammenbrechen der Bewegung, sondern zu einer Veränderung der politischen Strategie (Langer Marsch durch die Institutionen) und vor allem zu einem Abgleiten der Bewegung in den Marxismus. Heute sehen wir gerade in der Bundesrepublik, wie der ursprüngliche Impuls in verschiedenen Jugendorganisationen Fuß gefaßt hat, wie er anfängt, von da aus überzugreifen in den politischen Bereich, so daß die Notwendigkeit gesellschaftlicher Reformen schon seit einigen Jahren als dringend erkannt wird.

Der weitere Fortgang der Entwicklung wird vor allem mit zwei Gefahren zu rechnen haben. Einerseits könnten die Kräfte einer dogmatischen Ideologisierung die Kräfte eines realistischen Reformwillens verdrängen. Das Ergebnis wäre die Neuauflage des zentralen Einheitsstaates nach östlichem Vorbild. Andererseits könnte der innere Umwandlungsprozeß von außen gestört und aufgehalten werden durch massive Eingriffe; insbesondere wirtschaftliche Machtgruppierungen internationaler Art sind daran interessiert, ihren Einfluß auf die Verhältnisse auch in Deutschland zu sichern und zu erweitern. In diesem Zusammenhang wird man der Entwicklung der Beziehungen Europa-USA besondere Aufmerksamkeit schenken müssen.

Einzelaspekte des Dritten Weges

Im Vordergrund der Überlegungen standen die Fragen der Wirtschaftsordnung und des Bodenrechts. Aus der Fülle der behandelten Themen seien folgende herausgegriffen:

- Kapitalrentnertum und Einkommensgerechtigkeit
- Preisbildung
- Besitz an Grund und Boden

Kapitalrentnertum und Einkommensgerechtigkeit

Die Einkommensverteilung in der Bundesrepublik unterliegt verzerrenden Einflüssen, d. h. es gibt Faktoren, welche die Einkommensgerechtigkeit in der Bundesrepublik z. T. empfindlich stören. Immer wieder tauchen in den Massenmedien Vergleichszahlen auf, die auf den krassen Unterschied von Spitzeneinkommen zu Durchschnitts- und Minimaleinkommen hinweisen. Diese Vergleichszahlen selbst dürfen noch nicht als ein Nachweis der verzernten Einkommensverteilung angesehen werden, solange nicht untersucht ist, auf welche Weise die jeweiligen Einkommen zustande gekommen sind. Es steht durchaus ein berechtigtes *Empfinden* hinter solchen Vergleichszahlen; nur wird manchmal die Analyse nicht weit genug getrieben, bzw. es wird haltgemacht bei kurzschlüssigen politischen Folgerungen und Zielen. Typisch für ein solches kurzschlüssiges Denken ist beispielsweise die Forderung nach einer Verstaatlichung der Produktionsmittel: Man empfindet richtig das Unbefriedigende der gegenwärtigen Besitzverhältnisse, sieht dann aber als Alternative nur eine Verstaatlichung, oder doch eine Verstärkung der staatlichen Einflußmöglichkeiten, ohne dabei das Kernproblem durchschaut zu haben. Das Kernproblem liegt nicht in einer begrifflich nicht ganz deutlich zu fassenden ‚Ausbeutung‘, sondern in etwas anderem. Die Höhe von Unternehmereinkommen und Arbeitereinkommen ist variabel: nach welchem Kriterium will man festsetzen, ab wann die Ausbeutung beginnt? Wird nicht eventuell der Konsument von Unternehmer und Arbeiterschaft gemeinsam ‚ausgebeutet‘? Oder sind es die Geldgeber (Aktionäre usw.), die ausbeuten? Aber wen: die Konsumenten oder die Betriebe oder beide?

Versuchen wir, uns die Verhältnisse an einem Beispiel vor Augen zu führen: Jemandem wird durch Erbschaft oder Lotteriegewinn oder auf andere Weise ein Geldvermögen von bestimmter Höhe geschenkt. Mit diesem Geld erwirbt er Aktienbesitz. Von nun an braucht er sich nur noch die Mühe zu machen, die jährliche Dividende von seinem Konto abzuheben, d. h. er bezieht ein relativ müheloses Einkommen aufgrund seines Aktienbesitzes. Dieses Einkommen kann er nach Belieben in Konsumgüter umwandeln. Übersteigt es seinen Kon-

sumbedarf, so kann er neue gewinnbringende Anlagemöglichkeiten für dieses überschüssige Einkommen suchen. Dadurch wird in Zukunft die Höhe seines arbeitslosen Einkommens noch größer, d. h. er ist nicht mehr ganz in der Lage, sein Einkommen auf normale Weise selbst zu verzehren, sobald sein Aktienbesitz eine bestimmte Größe überschritten hat. Von nun an kann sein Vermögen nur noch wachsen, falls er sich nicht zu Fehlinvestitionen und dergleichen verleiten läßt, bzw. falls er keinen zu umfangreichen Luxus treibt. Tatsächlich sind viele der heutigen Spitzenvermögen auf diese Weise zustande gekommen. (Im Abschnitt über die Bodenordnung werden wir noch eine andere Quelle für überdimensionale Vermögensbildung kennenlernen.)

Kapitalrendite in Form der Dividende sind also ein Musterbeispiel für arbeitslose Einkommen. Arbeitslos kann man diese Einkommen nennen vom Standpunkt des Empfängers: Er ist es nicht, der für dieses Einkommen arbeiten muß. Man kann eher davon sprechen, daß ihm dieses Einkommen geschenkt wird, wobei noch die Frage ist, ob der Betrieb die Dividende aufbringt, oder ob das die Kundschaft in Form höherer Preise tut.

Daß es sich bei der Dividende tatsächlich um eine Art Schenkung handelt, wird bisher von vielen Menschen noch nicht mit der wünschenswerten Deutlichkeit gesehen. Deshalb begegnet man oft dem Gegenargument, bei den Ausschüttungen an die Anteilseigner (Dividende) handele es sich im Grunde nur um die angemessene Belohnung dafür, daß der Geldgeber mit seinem Kapital es überhaupt erst möglich gemacht habe, diesen Betrieb zu gründen, sowie erforderliche Neuinvestitionen vorzunehmen. Der Begriff der ‚Partnerschaft von Kapital und Arbeit‘ dient eben zur Bezeichnung der Vorstellung, daß der Arbeiter seine Arbeitsleistung in den Betrieb einbringt, während der Geldgeber das erforderliche Kapital zur Verfügung stellt. Vordergründig entspricht das ja auch den Tatsachen. Man darf nur nicht vergessen, daß es sich bei den anfangs zur Verfügung gestellten Geldern im Grunde um Leihgelder handelt, die eigentlich als Belastung der Bilanz verbucht werden müßten. Der Aktionär ist der Funktion nach eigentlich nicht der Eigentümer des Betriebes, sondern sein Gläubiger. Selbst dort, wo die Funktion des Geldgebers (z. B. Aktionär) und die Funktion des Unternehmers (Topmanagement) in einer Person vereinigt sind, gilt diese Feststellung: In seiner Eigenschaft als Betriebschef (Generaldirektor u. ä.) ist er, zusammen mit allen anderen Belegschaftsmitgliedern, Schuldner. In seiner Eigenschaft als Geldgeber (Aktionär u. ä.) ist er Gläubiger.

Womit hat man es also in Wahrheit zu tun bei der Möglichkeit des Aktienbesitzes? — Eine Gemeinschaft von wirtschaftlich tätig sein wollenden Menschen nimmt Kredit auf, um die erforderlichen Produktionsanlagen erstellen und unterhalten zu können. Nun geht allerdings der Aktienkredit, d. h. Kredit, der in Form von Aktienwerb gewährt wird, weit hinaus über dasjenige, was man normalerweise versteht unter dem Wort ‚Kredit‘. Außer der Berechtigung

zu einem regelmäßigen Zins in Form der Dividende ist er mit folgenden Rechten verbunden:

- Der Gläubiger (die Aktionärsversammlung) setzt jährlich die Höhe des Zinses (Dividende) fest.
- Der Kredit kann nicht zurückgezahlt werden; er verpflichtet somit zur Zahlung des Zinses (Dividende) auf unbegrenzte Zeit.
- Der Gläubiger (die Gesamtheit der Aktionäre) ist gleichzeitig auch juristischer Eigentümer des Unternehmens. Juristischer Eigentümer ist also nicht die tätige Betriebsgemeinschaft.

Mit dem Eigentumsrecht sind dem Gläubiger (den Aktionären) insbesondere folgende Rechte zugesprochen:

- Der Gläubiger bestimmt Form, Umfang und Organisation der Produktion.
- Der Gläubiger bestimmt über die personelle Zusammensetzung der tätigen Betriebsgemeinschaft. Dieses Recht nimmt er direkt wahr in Bezug auf die leitenden Angestellten. In Bezug auf die übrigen Betriebsmitglieder delegiert er dieses Recht an einen von ihm ernannten Personalchef.

Es zeigt sich also, daß Aktienkredite mit ganz erheblichen Berechtigungen verbunden sind. Demgegenüber nehmen die Kreditnehmer (die tätigen Betriebsangehörigen) geradezu erstaunliche Benachteiligungen in Kauf:

- Sie haben nicht das Recht, den Aktienkredit im Laufe der Zeit abzubezahlen.
- Sie müssen auch dann noch weiter Zins (Dividende) zahlen, wenn der über Jahre hin gezahlte Zins bereits ein Vielfaches des ursprünglichen Aktienkredites beträgt.
- Sie haben keine rechtliche Einflußmöglichkeit auf die Höhe des jährlich zu zahlenden Zinses (Dividende).
- Sie haben kein Verfügungsrecht über ihren Betrieb, da sie juristisch nicht der Eigentümer des Betriebes sind. Sie haben also keinen prinzipiellen Einfluß auf das Schicksal ihres Betriebes.
- Sie haben kein Entscheidungsrecht über Einstellungen und Entlassungen, sondern nur ein Mitspracherecht.
- Sie haben nur ein Vorschlags-, kein Entscheidungsrecht für die Gestaltung ihrer eigenen Arbeitsplätze.

Es ist an der Zeit, diese Verhältnisse klar zu durchschauen: Der Aktienkredit (Kredit in Form des Aktienankaufes) wirkt in eminentestem Sinne *entmündigend* auf den arbeitenden Menschen. Anthropologisch gesehen ist die Arbeit, besser: sollte sein, der zentrale Bereich der menschlichen Selbstverwirklichung; je geringer der Einfluß des Einzelnen auf die Bedingungen seiner Arbeit ist, desto mehr versperrt und verbaut werden ihm die Möglichkeiten menschlicher Selbstverwirklichung. Juristisch reduziert auf ein Nichts sind in dieser Hinsicht die Möglichkeiten der Sklaven. Der Sklave steht somit am Nullpunkt der Skala

menschlicher Freiheitsmöglichkeit. Die obere Grenze dieser Skala ist ein Unendlichkeitswert: Das Ideal des mündigen, sich selbst bestimmenden Menschen. Der Mensch, der unter den oben charakterisierten Bedingungen zu arbeiten hat, steht durchaus nicht auf dem Rangplatz des Sklaven: Er hat die Möglichkeit der Wahl seines Abhängigkeitsverhältnisses („freie Berufswahl“); die Zeit seiner Abhängigkeit beschränkt sich täglich nur auf eine bestimmte Zeit (z. B. Achtstundentag); er hat das Recht auf Urlaub jedes Jahr und auf ein nicht mehr fremdbestimmtes Leben nach Erreichen des Pensionierungsalters; außerdem sind die Bedingungen und Grenzen seiner Abhängigkeit auch während der Arbeitszeit geregelt (Arbeitsrecht); er darf sogar — unter Einhaltung bestimmter Formen — gegen seine Lage protestieren (Streikrecht). Der in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis stehende Mensch lebt also unter weit günstigeren äußeren Bedingungen als etwa der Sklave des 18. und 19. Jahrhunderts in Amerika. Dennoch muß man auch sehen, daß er noch nicht voll eingetreten ist in die Sphäre der Herrschaft des Menschen über sich selbst; noch immer steht er teilweise in der Sphäre der Herrschaft des Menschen über den (anderen) Menschen. Im Rückblick auf die oben dargestellten Bedingungen des Aktienbesitzes muß man feststellen, daß der Aktienkredit eines der hervorragendsten Instrumente bietet dazu, die Herrschaft des Menschen über den Menschen weiter aufrecht zu erhalten.

Man kann sich jetzt die Frage stellen, welche Gründe auch heute noch angegeben werden, um die Existenz von Einkommen aus Aktienbesitz und überhaupt von arbeitslosen Einkommen zu verteidigen. Eigentlich sollte man doch annehmen, daß ein Gesellschaftssystem der menschlichen Freiheit solche Instrumente entwicklungshemmender Machtentfaltung beseitigt. Nur am Rande bemerkt sei noch folgende Überlegung: Alle diejenigen, die aus arbeitslosen Einkommen leben, brauchen nicht selbst für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten; andere Menschen müssen für ihren Lebensunterhalt mitarbeiten. Volkswirtschaftlich gesehen sind arbeitslose Einkommen also unrationell: Die Bezieher arbeitsloser Einkommen haben keine unmittelbare Veranlassung, selbst produktiv tätig zu werden; für ihren Lebensunterhalt ist ohnehin gesorgt. Es entfällt also ihr möglicher Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Arbeitsleistung. Man kann sagen: Eine Volkswirtschaft ist umso ärmer, je mehr Bezieher von arbeitslosen Einkommen in ihr leben, denn umso ungünstiger gestaltet sich der Quotient von produktiv Tätigen zur Gesamtbevölkerung. Es bleibt also die Frage nach dem gesellschaftlichen Sinn arbeitsloser Einkommen, insbesondere der Einkommen aus Aktienbesitz.

Ganz unbestreitbar tritt in jeder Volkswirtschaft, und erst recht in der Weltwirtschaft, eine mehr oder weniger große Nachfrage nach Leihgeld auf: Der Investitionsbedarf der Wirtschaft kann in der Regel nur teilweise aus Eigenkapital finanziert werden; große Beträge müssen am Kapitalmarkt aufgenommen

werden. Das bedeutet also, daß jede Wirtschaft angewiesen ist auf die Bereitstellung von Leihkapital. Es muß irgendjemand da sein, der in der Lage und bereit ist, Kapital auszuleihen. Die Funktion des Geldverleihers ist somit unverzichtbar unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt. Die Banken treten dabei im Grunde nicht als die eigentlichen Geldverleiher auf: sie *vermitteln* eigentlich nur den Kredit. Der tatsächliche Geldverleiher ist jeder Bankkunde, der sein Geld zinsgünstig anlegen will. Dabei ist die Anlage in Form von Aktien nur eine Sonderform des Kredits. Ob diese oder eine andere Anlageform gewählt wird, hängt sehr weitgehend von der Höhe des erzielbaren Gewinns ab. In Zeiten niedriger Zinssätze und Dividende, oder bei hohen Inflationsraten, rentiert sich u. U. das Verleihen des Geldes nicht mehr. In unseren wirtschaftlichen Gegebenheiten tritt dann die sogenannte ‚Flucht in die Sachwerte‘ auf, das heißt: die Gelder werden vom Geld- und Rentenmarkt abgezogen und zum Erwerb von Spekulationsgrundstücken, von Wohnungen, Bürohäusern, Aktien usw. verwendet. Auch dort ‚verzinsen‘ sich dann die ausgegebenen Gelder, etwa in Form von Mieten, von Spekulationsgewinnen aus dem Verkauf von Spekulationsgrundstücken oder Aktienkurssteigerungen.

Wir haben es also bei der Funktion des Geldverleihers mit einer wirtschaftlich notwendigen Funktion zu tun. Dabei reguliert die Höhe des erzielbaren Gewinns, d. h. der Zins, wohin die Leihgelder fließen.

Nun ist aber der Zins, in welcher Form er auch auftritt: als Dividende, als Spekulationsgewinn usw., genau dasjenige, was vorhin als ‚arbeitsloses Einkommen‘ bezeichnet wurde. Einerseits kann man auf ihn nicht verzichten, insofern er das Leihgeld an die Stellen lenkt, an denen gerade der dringendste Bedarf an Leihgeldern besteht; andererseits ist er volkswirtschaftlich eigentlich nicht zu vertreten, da er – wie oben gezeigt – sich negativ auswirkt auf den allgemeinen Wohlstand. Deshalb muß derjenige, der die arbeitslosen Einkommen abschaffen will, zugleich sich Gedanken darüber machen, wie man dabei die volkswirtschaftlich notwendige Funktion des Zinses erhalten kann.

Die grundsätzliche Lösung dieses Problems muß Antwort geben auf folgende Frage: Wie kann man die Möglichkeit zu arbeitslosen Einkommen beseitigen und dabei doch den Zins beibehalten? Diese Aufgabenstellung gleicht in ihrer Schwierigkeit der Quadratur des Kreises, solange man davon ausgeht, daß der Empfänger des Zinses der Geldverleiher sein muß und daß der Zins eine Belohnung für Kapitalbesitz bleiben muß. Solange der Geldverleiher in den Genuß des Zinses kommt, wird er arbeitsloses Einkommen beziehen, und solange das Verleihen von Kapital belohnt wird, fließt der Zins dem Verleiher zu. Lösen läßt sich das Problem erst dann, wenn man den Besitz von Geldkapital nicht mehr belohnt durch einen positiven Zins, sondern wenn man dazu übergeht, den Besitz von Geldkapital gewissermaßen zu ‚bestrafen‘, indem man dazu übergeht, einen ‚negativen Zins‘ zu erheben: *Wer sein Geldkapital nicht verleiht*

(oder ausgibt), muß zahlen, denn er verhindert, daß das Geld umläuft. Für manchen mag dieser Vorschlag ungewohnt klingen, der sich die Vorteile einer solchen Regelung noch nicht vor Augen geführt hat:

- Überdimensionale Vermögensbildungen aufgrund von arbeitslosen Einkommen sind nicht mehr möglich.
- Derzeit bestehende überdimensionale Vermögen werden allmählich aufgezehrt werden durch den normalen Konsumbedarf ihrer Besitzer.
- Die gegenwärtigen Bezieher arbeitsloser Einkommen werden vor die Notwendigkeit gestellt, allmählich selbst für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten.
- Das gesamtgesellschaftliche Arbeitsaufkommen vermehrt sich um den Beitrag, den die bisherigen Bezieher arbeitsloser Einkommen derzeit zurückhalten können.
- Der allgemeine Wohlstand steigt um den Betrag, der sich aus der Arbeit der ehemaligen Bezieher arbeitsloser Einkommen ergibt.

Insbesondere erreicht man damit zwei Hauptziele:

- Ein zentraler Störfaktor für die gesamtgesellschaftliche Einkommensgerechtigkeit ist beseitigt, indem diese Möglichkeit zu arbeitslosen Einkommen und damit auch eine Möglichkeit zu überdimensionalen Vermögensbildungen entfällt. Damit entfällt auch ein Hauptfaktor, der immer wieder zu sozialen Unruhen führt.
- Die Funktion des Zinses bleibt gesichert: Der Besitzer von Geldkapital steht zwar nicht mehr vor der Verlockung des positiven Zinses, wenn er sein Geld verleiht; dafür steht er aber unter der Nötigung des negativen Zinses, wenn er sein Geld nicht weiterverleiht².

Die Einführung des negativen Zinses belastet den Kapitalbesitzer und führt zu erhöhten Staatseinnahmen. Im Gegensatz zur gegenwärtigen Regelung wird es unmöglich werden, mit Geld Geld zu verdienen. Einkommen werden nur noch möglich sein aufgrund von echter Arbeitsleistung. Allerdings muß diese Regelung ergänzt werden von einer Neuordnung des Bodenrechtes und einer neuen Weltwährungsordnung, sowie auch einer Reform des Patentrechtes, wenn man die grundsätzlichen Quellen für das Anwachsen unberechtigter Mammutvermögen beseitigen will. Diese Andeutung soll hier jedoch nicht weiter ausgeführt werden.

Ein Wort zu den Plänen einer breiteren Vermögensbildung, wie sie insbesondere in den Freiburger Thesen der FDP und dem umstrittenen Langzeitprogramm der SPD zum Ausdruck kommen: Sie sollen die an sich wünschenswerte Einkommensgerechtigkeit auf einer ersten Annäherungsstufe herbeiführen; allerdings versuchen sie das mit den ungeeigneten Mitteln. Unerheblich für unseren

2) Dazu: H. H. Vogel, *Jenseits von Macht und Anarchie*; Köln und Opladen 1963, S. 49–54; zu beziehen durch das Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Eckwälden/Bad Boll oder durch Verlagsauslieferung Martin Sandkühler, 7 Stuttgart 1, Rotenbergstr. 25.

Zusammenhang ist dabei die Frage, ob nur Arbeitnehmer oder alle deutschen Staatsbürger berechtigt sein sollen, Beteiligungen an den fraglichen Großbetrieben zu beziehen. Entscheidend ist die Tatsache, daß das Prinzip des arbeitslosen Einkommens durch Kapitalrente nicht nur nicht abgeschafft, sondern sogar auf eine breitere Grundlage gestellt werden soll: Nicht mehr sollen einige Menschen den anderen das Geld aus der Tasche ziehen, wie bisher üblich, sondern in etwa alle allen. Es handelt sich bei diesen Plänen also um eine Art von Schildbürgerstreich mit den besten Absichten. Trotz aller Sympathie für die tiefere Absicht und bei aller Anerkennung des guten Reformwillens muß man hier die Alarmzeichen setzen: So etwas führt zu einer Aufblähung des Verwaltungsapparates, bringt höhere Verwaltungskosten, schafft neue Machtpositionen, statt die bestehenden abzubauen, erhebt die entschädigungslose Aneignung der fremden Arbeitsleistung zum allgemeinen Sozialprinzip und erschwert den Weg zu einer echten Lösung des Problems. Vermögensbildung muß immer erfolgen aufgrund *eigener* Leistung. Sobald den produktiv Tätigen tatsächlich der volle Arbeitsertrag zufließt, wird für breitere Schichten der Bevölkerung eine angemessene Vermögensbildung kein Wunschtraum bleiben müssen. Erhebt man dagegen die Aneignung der Früchte fremder Arbeit zum Sozialprinzip, dann schafft man eine kaum noch aufhaltbare Tendenz zum Rentnerbewußtsein in breitesten Kreisen der Bevölkerung.

Bezeichnenderweise argumentieren die Verteidiger des bisherigen Kapitalrentnertums und die Befürworter einer breiteren Vermögensbildung durch überbetriebliche Vermögensbeteiligung in einem Punkte identisch: Die Funktion des Geldverleihers sei nur dann in einem für die Wirtschaft ausreichenden Maße gesichert, wenn sie nicht angewiesen ist auf den Konsumverzicht der Allgemeinheit. Daraus leiten die einen die Notwendigkeit des Kapitalrentnertums ab; die anderen wollen deshalb die Verfügungsgewalt über das neuzubildende Vermögen über Jahre hinaus den neuen Eigentümern vorenthalten. Es zeigt sich also ein allgemeines Mißtrauen gegenüber der Entscheidungsfähigkeit des Bürgers. Man unterstellt ihm, er werde sein gestiegenes Einkommen in demselben Maße für Konsumzwecke verbrauchen, wie er das getan hat, solange sein Einkommen gerade ausreichte, um die eigenen Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Entspräche diese Unterstellung den Tatsachen, dann müßte man in der Tat nach Maßnahmen suchen, die eine ausreichende Versorgung der Wirtschaft mit Leihkapital gewährleisten. Das scheint jedoch nicht erforderlich zu sein: Die gestiegenen Realeinkommen in der Bundesrepublik haben auch eine ständige Ausweitung der Spareinlagen mit sich gebracht, die von privaten Haushalten aufgebracht wurden — und das trotz steigender Inflationsraten und trotz teilweise vorenthaltenem Arbeitsertrag. Ehe man dem Bürger Unmündigkeit in Bezug auf seine Spar- und Konsumentscheidungen unterstellt, sollte man erst einmal abwarten, wie er sich verhält, sobald seine Grundbedürfnisse befriedigt sind.

Preisbildung

Von bestimmten Kreisen hört man heute die ernsthaft vertretene Auffassung, die Hauptaufgabe eines Unternehmens sei es, Gewinne herauszuwirtschaften. Diese Auffassung ist durchaus nicht so unsinnig, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mag. Vom Standpunkt des einzelnen Unternehmens aus gesehen stellt sich tatsächlich die Aufgabe, rentabel zu arbeiten; die Existenz des Betriebes hängt ab von seiner Rentabilität. Vom Standpunkt der Gesellschaft aus gesehen zeigt sich allerdings, daß man eine Existenzbedingung für den eigentlichen Zweck des Unternehmens hält, wenn man die Profitmaximierung zum Hauptzweck erklärt. Hinter einer solchen Verwechslung von Zweck/Aufgabe und Lebensbedingung stehen in der Regel die Interessen der Geldgeber, denen es normalerweise ganz gleichgültig ist, was in dem jeweiligen Betrieb produziert wird, solange nur das geliehene (investierte) Kapital Ertrag bringt. Die eigentliche Aufgabe jedes Unternehmens besteht darin, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Das ist voll einsichtig bei der geschlossenen Hauswirtschaft. Die Gemeinschaft produziert nach Maßgabe der Bedürfnisse, nicht mehr und nicht weniger, soweit sich das kontrollieren läßt. Für die arbeitsteilige Volks- oder Weltwirtschaft gilt im Grunde dasselbe, nur sind die Zusammenhänge komplexer und deshalb schwerer zu überschauen. Allerdings gibt es hier sehr viel leichter die Möglichkeit, daß einzelne Funktionen versuchen, sich zu verabsolutieren und sich gegenüber der Gesamtgesellschaft zu verselbständigen. Das ist z. B. dort der Fall, wo die Profitmaximierung zum Hauptzweck eines Unternehmens erklärt wird; nicht mehr die Befriedigung eines gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisses, etwa die Produktion von Schuhen, wird dann als Zweck angesehen, sondern der in Geld meßbare Gewinn.

Wir haben bei einem normalen Betrieb also damit zu rechnen, daß der Betrieb die Tendenz hat, sich als Einheit gegenüber der Gesellschaft zu verabsolutieren, während die Gesellschaft die Tendenz hat, den Betrieb zu integrieren, d. h. nach Maßgabe der gesellschaftlichen Bedürfnisse zu steuern. Beide Tendenzen für sich genommen müssen in ihrer Einseitigkeit, aber auch in ihrer Berechtigung durchschaut werden, wenn man zu einer funktionsfähigen und gleichzeitig gerechten Wirtschaftsordnung kommen will.

Das Wirtschaftssystem der meisten sozialistischen Länder versucht, in einseitiger Weise die Interessen der Gesellschaft zum Zuge kommen zu lassen. Staatliche Stellen diktieren bis in Einzelheiten hinein Art und Umfang der Produktion. Die Eigenständigkeit der einzelnen Betriebe ist aufgehoben; Management und Arbeiterschaft werden zu Ausführungsorganen eines gesamtgesellschaftlichen Willens, der in einer obersten Planungsbehörde seinen institutionalisierten Sitz hat. Unrationelle Betriebe werden nicht selten über viele Jahre hinweg subventioniert, und der Leistungswille der Betriebsangehörigen muß durch wirt-

schaftsfremde Motive, staatliche Auszeichnungen und gerichtliche Bestrafungen, künstlich aufrechterhalten werden. Planungsmängel, Nichterreichen des Planungsolls, Versorgungslücken und Käuferschlangen gehören zum Alltag der Zentralplanwirtschaft.

Demgegenüber zeichnet sich das Wirtschaftssystem der westlichen Staaten durch eine geradezu wild wuchernde Wachstumskraft aus. Das Leistungsprinzip sorgt für eine Auswahl und Auslese der Fähigsten; Beziehungen verhelfen einem allenfalls in Staatsbetrieben zu gutbezahlten Stellungen. Der scharfe Wettbewerb – wo er tatsächlich noch vorhanden ist – zwingt unrentable Betriebe zur Modernisierung oder zur Einstellung der Produktion oder zum Anschluß an größere Konzerne. Das Unternehmen ist in seinen Entscheidungen weitgehend unabhängig von staatlichen Instanzen; ganz im Gegenteil besteht die Tendenz, gezielten Einfluß zu nehmen auf die Entscheidungen der parlamentarischen Körperschaften und auf das Wahlverhalten der Bevölkerung. Die Verselbständigung der Unternehmen kann so weit gehen, daß ein einzelnes Unternehmen versucht, die Regierung eines Landes zu stürzen³.

Sowohl das westliche wie das östliche System übersteigern jeweils einen Gesichtspunkt unter Vernachlässigung des jeweils ergänzenden. Die westliche Wirtschaftsordnung erlaubt es den einzelnen Unternehmungen, sich so weit von den Interessen der Allgemeinheit zu entfernen, daß antisoziale Wirkungen größten Ausmaßes auftreten. Demgegenüber führt die Unterordnung der Betriebe unter staatliche Aufsicht und sogar Führung zu einer Knebelung der wirtschaftlichen Dynamik und zur Entmündigung der wirtschaftlich Tätigen in den sozialistischen Nachbarländern⁴. Eine gesunde Wirtschaftsordnung muß mit beiden Tendenzen rechnen; sie muß angeben können, auf welche Weise die Wirtschaft in den Dienst des menschlichen Bedarfs gestellt werden kann, ohne dabei ihre eigenständige Dynamik zu verlieren. Nur wenn die einzelnen Betriebe genügend selbständig sind, kann man sicher sein, daß alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, die Rentabilität und das Überleben des Betriebes zu gewährleisten; und nur wenn es gelingt, den Betrieb tatsächlich im Dienste des menschlichen Bedarfs arbeiten zu lassen, kann man sicher sein, daß seine Selbständigkeit keine antisozialen Auswirkungen hat.

Nun sollte der Markt eigentlich genau das Instrument sein, mit dem dieses doppelte Ziel erreichbar ist: der Anbieter, der einzelne Betrieb, hat theoretisch

3) Das neueste Beispiel dieser Art lieferte der Mammutkonzern International Telephone and Telegraph, der dem amerikanischen Geheimdienst CIA eine Million Dollar für den Sturz des chilenischen Präsidenten Allende geboten haben soll. Siehe u.a. Der Spiegel, Nr. 15, 1973, S. 108 f.

4) Geradezu sensationell muß man es nennen, daß die Sowjetunion in Zukunft die Unterordnung der Wirtschaft unter die staatliche Ministerialbürokratie beenden will. a.a.O., S. 102 f.

eine uneingeschränkte Möglichkeit, Produkte jeder beliebigen Art zu jedem beliebigen Preis zum Kauf anzubieten. Die Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit für die Rentabilität des Betriebes sind theoretisch voll gewahrt. Andererseits sollte eigentlich die in der Preisbildung sich ausdrückende Nachfrage das Regulativ sein, an dem der einzelne Betrieb sein Produktionsangebot orientiert. Wer seinen Marktanteil halten oder sogar erweitern will, muß sich möglichst genau an der sogenannten Bedürfnisstruktur des Marktes orientieren, d. h. der Wettbewerb zwingt den am Markt auftretenden Betrieb, mit allen Kräften den sich wandelnden Käuferwillen nach Möglichkeit schon im vorhinein herauszufinden, indem er intensive Marktforschung betreibt, – zwingt ihn zu einer ständigen Verbesserung und Umorientierung des eigenen Angebotes und zwingt ihn ferner zu einer ständigen Rationalisierung, d. h. Verbilligung, der Herstellungsverfahren, so daß dasselbe Produkt nach der Rationalisierung tendenziell billiger am Markt angeboten werden kann⁵.

Soweit die Theorie! Jeder weiß, daß die Verhältnisse nicht den idealen Vorstellungen entsprechen, die man sich aufgrund der Idee des freien Marktes eigentlich bilden müßte. Statt den Käuferwillen nur zu erforschen und ihm zu entsprechen, versucht die Wirtschaft, mit Hilfe der Werbung, den Käuferwillen zu beeinflussen; statt den ‚oberen‘ Menschen durch sachliche Information anzusprechen, versucht die Werbung, auf dem Wege über den ‚unteren‘ Menschen, d. h. seine unterschwellige Triebstruktur, das Kaufverhalten der Menschen zu beeinflussen. Statt qualitativ hochwertige Produkte herzustellen, wie man das aufgrund des technischen Fortschrittes eigentlich erwarten sollte, ist die Wirtschaft mehr und mehr zu einer Verschleißproduktion übergegangen, die den Käufer nach immer kürzerer Zeit zu erneuter Nachfrage veranlaßt. Statt die Rationalisierungsgewinne dem Käufer in Gestalt niedrigerer Preise zugute kommen zu lassen, versucht die Wirtschaft, durch Preisabsprachen, Fusionen und Monopolbildungen die eigene Gewinnspanne so weit wie möglich auszuweiten. Der Vollständigkeit wegen erwähnt seien noch folgende Probleme, die sich aus der mangelhaften Bindung der einzelnen Betriebe an das Wohl der Gesamtheit ergeben: Die Umweltverschmutzung durch die Industrie könnte niemals das erreichte Ausmaß annehmen, wenn die Interessen der Allgemeinheit in demselben Maße berücksichtigt würden wie das auf kostensparende Herstellungsverfahren gerichtete Sonderinteresse des jeweiligen Betriebes. Derselbe Grund-

5) Die schleichende Inflation verschleiert die wahren Verhältnisse. Die Rationalisierung ermöglicht dem Menschen, bei gleichbleibendem Arbeitsaufwand mehr zu produzieren. Der gesamtgesellschaftliche Reichtum weitet sich also aus durch die geistige Arbeit, die sich in der Rationalisierung niederschlägt. Daran ändert sich nichts, auch wenn das allgemeine Preisniveau steigt, solange nur das allgemeine Einkommensniveau im gleichen Maße und schneller steigt. Entscheidend wird dann allerdings die Frage danach, auf welche Weise der allgemeine Reichtumszuwachs verteilt wird.

gedanke betrifft alle Versuche, die Politik zu ‚verschmutzen‘, indem wirtschaftliche Sonderinteressen zu Lasten des Allgemeinwohls gesellschaftsgestaltend werden. Ganz besonders gilt das aber für den Bildungsbereich, wo ‚die Bildung des Menschen zum Menschen‘ immer mehr verdrängt wird durch die Bildung des Menschen zum ‚Ersatzteil für die Gesellschaftsmaschinerie‘, insbesondere für die Wirtschaft.

Alle diese Mängel darf man nicht schlechthin dem Markte zur Last legen; man sollte da schon etwas differenzierter zu Werke gehen. Der Markt ist nur der Ort, an dem die Interessen von Käufer und Verkäufer einen Ausgleich suchen, sei dieser Ort nun der tatsächliche Markt des Mittelalters, der auch heute noch regelmäßig stattfindet, sei dieser Ort nun eine Warenbörse, wo große Warenmengen im Zwischenhandel ihre Besitzer wechseln, seien es Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, seien es Vereinigungen von Produzenten, Händlern und Konsumenten, die sich zu Assoziationen zusammenschließen oder sei es der sogenannte anonyme Markt der Großstadt, der die menschlichen Beziehungen zwischen Hersteller, Händler und Verbraucher zusammenschrumpfen läßt auf nichts als den einmaligen Kaufakt. Solange für alle Beteiligten die Möglichkeit gegeben ist, die Preisbildung selbständig mitzubeeinflussen, u. U. den Kauf oder Verkauf zu verweigern, und solange nicht die Dynamik der Preisentwicklung außer Kraft gesetzt wird durch diktatorische Preisfestsetzungen ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Wert der Ware, solange hat man es mit einem freien Markt zu tun. Der freie Markt ist erst dort abgeschafft, wo es irgendeiner Instanz gelingt, ein machtmäßiges Übergewicht über die autonomen Wirtschaftsteilnehmer zu erringen und die Preise zu diktieren. Abgesehen vom System der Zentralplanwirtschaft und von jeder staatlichen Preiskontrolle ist das der Fall bei jeder Art von Monopolbildung, sei es nun ein Käufer-, Händler- oder Verkäufermonopol. Der freie Markt ist nur dort auch real gegeben, wo alle Beteiligten nicht nur formal, sondern den tatsächlichen Verhältnissen nach Einfluß nehmen können auf die Preisbildung. Zwischen dem Verdurstenden in der Wüste und dem möglichen Retter kann es – abgesehen von ethischen Gesichtspunkten – schon deshalb keinen freien Markt geben, weil dem potentiellen Käufer in dieser Lage nur die Wahl bleibt, entweder zu kaufen oder zu sterben; der Verkäufer kann aufgrund seiner augenblicklichen Monopolstellung jeden beliebigen Preis verlangen. In einer solchen Lage ist der freie Markt abgeschafft bzw. der marktwirtschaftliche Prozeß ist gestört.

Die eigentliche Aufgabe des Marktes ist es, den ‚richtigen‘ Preis für eine Ware herauszufinden. Vom Standpunkt des Herstellers aus ‚richtig‘ ist der Preis dann, wenn er die Herstellungskosten und die gesamten Lebenshaltungskosten des Herstellers bis zum Verkauf des nächsten Produktes deckt⁶. Hier sind wir tatsäch-

6) Vgl. dazu R. Steiner, Nationalökonomischer Kurs. Dornach 1965 (4. Aufl.), S. 82.

lich am entscheidenden Punkt des marktwirtschaftlichen Prozesses angekommen. Wo dieser Preis unterschritten wird, sind die Voraussetzungen für die Herstellung des entsprechenden Produktes in der bisherigen Menge nicht mehr gegeben. Von der Sache her geboten ist es, die Produktion des entsprechenden Gutes zu drosseln, denn das Warenangebot übersteigt den Bedarf. Wird hingegen der 'richtige' Preis überschritten, dann zeigt sich darin ein das Angebot übersteigendes Bedürfnis und es wäre eigentlich erforderlich, die Produktion des entsprechenden Gutes auszuweiten. Bei einem funktionsfähigen Markt geschieht das auch; allerdings haben wir bereits oben gesehen, daß Umstände eintreten können, welche die Funktionsfähigkeit des Marktes stören. Jedenfalls haben die Preise, falls sie sich störungsfrei entwickeln können, eine Meßfunktion⁷. Der *funktionsfähige* Markt ist das ideale Instrument, um die Wirtschaft in den Dienst des menschlichen Bedarfs zu stellen: Jeder Verbraucher hat hier die Möglichkeit, seine Bedürfnisse wirksam zur Geltung zu bringen – der Wettbewerb sorgt dafür, daß jede nennenswerte Nachfrage in kürzester Frist befriedigt wird – Käuferschlangen und Versorgungskrisen sind die Ausnahme, nicht die Regel; gleichzeitig bleibt das einzelne Unternehmen souverän in Bezug auf seine Investitionsentscheidungen – der Betrieb trägt selbst das Risiko und die Verantwortung für seine Entscheidungen – die Leistungsfähigkeit und Rationalität des Einzelbetriebes ist auf diese Weise gewährleistet. Anthropologisch gesehen bietet eine wirklich funktionsfähige Marktwirtschaft – im Vergleich mit jeder Form der technokratischen Zentralplanwirtschaft – ein Maximum an Entscheidungspositionen für jeden Wirtschaftsteilnehmer, so daß sich ihm ein Maximum an Übungsmöglichkeiten für die Entfaltung seiner individuellen Souveränität anbietet.

Voraussetzung für all dies ist allerdings, daß der Markt tatsächlich funktionsfähig ist. Allzu offensichtlich ist das heute in vielen Beziehungen nicht der Fall. Gestört ist die Funktionsfähigkeit des Marktes immer dann, wenn das Gleichgewicht der am Markt auftretenden Kräfte nicht mehr gegeben ist, sei es, daß ein Zeitungsverleger eine marktbeherrschende Stellung gegenüber politisch andersgerichteten Verlegern gewonnen hat, so daß die breite Leserschaft nur aufgrund von einseitigen Informationen sich ein politisches Urteil bilden kann, sei es, daß sämtliche Hersteller eines bestimmten Produktes Preisabsprachen treffen und damit dem Käufer keine Alternative lassen, sei es aber auch, daß die Käufer sich zum Boykott einer bestimmten Ware oder Firma entschließen. Eine besondere Form des Ungleichgewichts der am Markt wirksamen Kräfte ergibt sich aus der gegenwärtigen Form unseres Geldwesens: Während die Warenanbieter ihre Ware in der Regel möglichst schnell verkaufen müssen, da sie sonst veraltet

7) Steiner vergleicht die Meßfunktion des Preises mit der des Thermometers. a.a.O., S. 38 ff. und S. 79 ff.

und an Wert verliert, z. B. Lebensmittel, kann der Geldbesitzer ruhig abwarten, bis die Preise seinen Vorstellungen entsprechen, denn sein Geld wird derweil nicht weniger, sondern es vermehrt sich sogar durch Zinsen und Dividende usw. Für den Markt von Bedeutung wird diese Form des Ungleichgewichts zwar erst dann, wenn große Geldmengen plötzlich die Nachfrage verweigern, d. h. wenn schlagartig große Mengen Geld gehortet werden, wie das z. B. an dem sogenannten 'Schwarzen Freitag' der Fall war, der die große Weltwirtschaftskrise am Ende der zwanziger Jahre auslöste⁸; für das Marktverhalten des normalen Wirtschaftsteilnehmers hat diese Möglichkeit also wenig Bedeutung; für die Funktionsfähigkeit des Marktes, für das Entstehen von Inflation und Deflation, für das Gleichgewicht der am Markt wirksamen Kräfte ist es jedoch von höchster Bedeutung, ob das Tauschmittel (Geld) die Möglichkeit zu Manipulationen im großen Stil bietet.

Karl Marx hat in seiner Analyse des Kapitalismus die Tendenz des Marktes, sich selbst funktionsunfähig zu machen, zu einem Eckpfeiler seiner Geschichtsvoraussage gemacht. Er hat beobachtet, wie der Wettbewerb dazu führt, daß die jeweils kleineren und unrentableren Betriebe den größeren und rentableren Betrieben allmählich zum Opfer fallen, so daß nach einiger Zeit nur noch wenige Großbetriebe in jeder Branche übrigbleiben. Diese Beobachtung hat er gedanklich konsequent fortgesetzt, indem er die Vorstellung bildete, daß diese Großbetriebe untereinander ebenfalls solange konkurrieren, bis zuletzt ein Größter die anderen geschluckt hat. Zuallerletzt, so die Vorausschau von Marx, stehe ein Superbetrieb, in dem die jeweils Branchengrößten noch einmal untergegangen seien. Spätestens in diesem Augenblick sei die Voraussetzung für die Weltrevolution gegeben, da nun praktisch die gesamte Menschheit als Abhängige im Dienste eines einzigen Großkapitalisten stehe. — In dieser überspitzten Form hat Marx zweifelsohne sich geirrt; trotzdem ist sein Ausgangspunkt durchaus berechtigt: Der Wettbewerb trägt tatsächlich die Tendenz in sich, allmählich zu Monopolbildungen zu kommen, seien es nun echte Monopole oder verschleierte, wie z. B. Preiskartelle. Wo solche Monopole aber erst einmal entstanden sind, lassen sie mit wirtschaftlichen Mitteln sich kaum noch überwinden. Würden nur wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten wirken, dann hätte der freie Markt nach absehbarer Zeit sich überlebt und stattdessen stünde ein absolutes Verkäufermonopol den machtlosen Käufermassen gegenüber⁹.

Die Funktionsfähigkeit des Marktes kann also nicht dem freien Spiel der am Markt wirksamen Kräfte überlassen bleiben. Die Auffassung der sogenannten 'Steinzeitliberalen' — laissez faire — hat sich als unrichtig herausgestellt, genauer:

8) Vgl. H. H. Vogel, a.a.O., S. 46–48, sowie 49 ff.

9) Das „alternde“ = billige Geld/Kapital ermöglicht täglich die Entstehung neuen Wettbewerbs, verhindert also gerade die Monopolbildung. Marx Prämisse war das damalige „stabile“ (und ergo „Monopol“-)Geld. — (Red.)

als ergänzungsbedürftig. Hier muß die Gesellschaft eingreifen; der Staat als ordnungebene Funktion der Gesellschaft hat die Aufgabe, die Funktionsfähigkeit des Marktes durch die Geld- bzw. Währungsreform zu garantieren¹⁰. Übrigens gehört es auch nicht zu den Aufgaben der Wirtschaft, sondern des Staates, Art und Umfang der Werbung zu regeln, die grundsätzlichen Regelungen für den Schutz der Umwelt zu treffen und zu überwachen, sowie die Institutionen der Bildung, der Meinungsbildung, der Gesetzgebung, der Exekutive und der Rechtsprechung vor dem Zugriff der Wirtschaft zu schützen.

In diesem Zusammenhang stellen sich allerdings verschiedene Fragen. Der Markt ist tatsächlich das ideale Wahrnehmungsorgan für die Bedürfnisse; der Wettbewerb sichert eine optimale Befriedigung der auftretenden Bedürfnisse; aber: Zwingt nicht der technische Fortschritt dazu, immer größere Produktionseinheiten zu schaffen, so daß mehrere konkurrierende Kleinbetriebe gar kein anzustrebendes Ziel mehr sind? Muß man nicht davon ausgehen, daß in Zukunft die immer aufwendigere Technik es nahelegt, die gesamte Produktion einer Branche mit einer einzigen Riesenproduktionsanlage zu bewerkstelligen? Wo bleibt aber dann der notwendige Wettbewerb? Wer soll dann der Eigentümer dieser Riesenproduktionsanlage sein? Sicherlich doch nicht jemand, der aufgrund einer Erbschaft ausgewählt worden ist. Das Erbrecht hat in dem jetzt zu Ende gehenden Jahrtausend zur Genüge bewiesen, daß es ein völlig unbrauchbares Prinzip für die Besetzung der führenden Positionen in der Gesellschaft ist.

Es wäre also nötig, neue Formen des Eigentums zu entwickeln. Nicht gemeint ist damit die Verstaatlichung der Produktionsmittel. Das im Einzelnen zu entwickeln, ist nicht Aufgabe dieser Darstellung. Sicherlich käme es aber entscheidend darauf an, möglichst jeden Mitarbeiter an der Verantwortung für den gesamten Betrieb auf die eine oder andere Weise zu beteiligen, auch dann, wenn die Unternehmerverantwortung, wie jede andere Sonderaufgabe innerhalb des Betriebes, an einzelne Persönlichkeiten delegiert wird. Einen Versuch in dieser Richtung stellt die Glashütte Süßmuth¹¹ dar, die vollständig in das Eigentum der Belegschaft übergegangen ist, nachdem der vorherige Eigentümer sich vor die Unmöglichkeit gestellt sah, auf irgend eine andere Weise dem Bankrott zu entgehen.

Ganz besondere Aufmerksamkeit verdient jedoch die Frage, auf welche Weise die Aufgabe des Wettbewerbs gesichert werden kann, wenn z.B. für bestimmte Produkte nur eine einzige Anlage sinnvoll ist, so daß Konkurrenz im bisherigen Sinne gar nicht mehr möglich ist. Wie kann man es verhindern, daß dann ziel-

10) Dieser Gedankengang soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Einige weitere Ausführungen dazu finden sich bei Vogel a.a.O., S. 34–37.

11) Nähere Einzelheiten dazu in dem Taschenbuch „Arbeiter übernehmen ihren Betrieb oder Der Erfolg des Modells Süßmuth“ rororo aktuell 1605/280.

strebiges Management sich verwandelt in eine schwerfällige Planungs- und Verwaltungsbürokratie? Auch diese Frage kann hier nicht im Einzelnen beantwortet werden.

Man hört heute vielfach das Argument, Markt und Wettbewerbsordnung seien antisoziale Prinzipien, die als rechtlich-wirtschaftliche Grundlagen dienen für die Entfaltung des heute gängigen, inhumanen Sozialdarwinismus. Richtig daran ist, daß der Sozialdarwinismus, der Kampf aller gegen alle, heute auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens sich mit unglaublicher Brutalität austobt, mit einer Vehemenz, die jede Pötschenkriecherei in nichtwirtschaftlichen Institutionen, wie Schule, Krankenhaus und Bundeswehr, weit in den Schatten stellt und nur übertroffen wird von innerparteilichen Machtkämpfen unserer staatstragenden Monopolvereinigungen. Wie überall sollte man auch hier das Kind nicht mit dem Bade ausschütten; es sei hier die Behauptung ausgesprochen, daß ein wesentlicher Schritt zur Überwindung des Sozialdarwinismus geleistet ist, wenn die arbeitslosen Einkommen durch Zins, Dividende usw. abgeschafft sind, wie das im vorangehenden Kapitel über die Einkommensgerechtigkeit erläutert wurde. Es ist Profitdenken der Kapitalrentner, das mehr als alles andere dazu beiträgt, das Prinzip des Wettbewerbs in einen rücksichtslosen Kampf um den Gewinn auswuchern zu lassen.

Man sollte unterscheiden zwischen Markt, Wettbewerb einerseits und Profitstreben, Sozialdarwinismus andererseits. Das eine ist ein ideales Instrument, um die Wirtschaft leistungsfähig *und* bedarfsorientiert zu erhalten; das andere ist eine Sozialkrankheit, der man mit gezielten Maßnahmen zu Leibe rücken kann.

Eine weitere Frage richtet sich darauf, ob die heute übliche Form der anonymen Marktwirtschaft auf die Dauer dem Menschen zuträglich ist, ob die Reduktion der menschlichen Beziehungen auf den bloßen Kaufvorgang, z. B. in einem Supermarkt, nicht mit beiträgt zu der allgemeinen Isolation des Einzelnen und zu einer Betonung des antisozialen Momentes im Menschen, ob aus diesem Grund nicht eine persönlichere Form des Marktes¹² der Natur des Men-

12) Arbeitsteilung und Geldfunktion – das soziale Hauptgesetz

„Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist umso größer, je weniger der Einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden.“

Alle Einrichtungen innerhalb einer Gesamtheit von Menschen, welche diesem Gesetz widersprechen, müssen bei längerer Dauer irgendwo Elend und Not erzeugen. *Dieses Hauptgesetz gilt für das soziale Leben mit einer solchen Ausschließlichkeit und Notwendigkeit, wie nur irgend ein Naturgesetz in Bezug auf ein gewisses Gebiet von Naturwirkung gilt.*

schen angemessener wäre. Aus anthropologischen und psychologischen Überlegungen heraus erscheint es tatsächlich als höchst wünschenswert, die Beziehungen der Marktpartner zueinander in weitaus stärkerem Maße als bisher zu personalisieren; allerdings muß dabei auch bedacht werden, daß die Anonymität eines Supermarktes nicht nur eine objektive Freiheit in Gestalt eines überwältigenden Warenangebotes möglich macht, sondern auch subjektiv ein Freiheitserlebnis gegenüber dem Verkäufer vermittelt, das gegenüber dem seit Jahren engstens bekannten Dorfkrämer nicht aufkommen konnte. Diese doppelte Freiheit einzubringen in eine persönlichere Form des Marktes, ist unverzichtbare Bedingung für eine zukunftsorientierte Gemeinschaftsbildung.

Ohne den Markt ist es unmöglich, zu einer wirklichkeitsgemäßen Preisbildung zu kommen. Diese Erfahrung führte einen Mann wie Ota Sik, den Wirtschaftsminister des „Prager Frühlings“, zu der Forderung, die Zentralplanwirtschaft

Man darf aber nicht denken, daß es genüge, wenn man dieses Gesetz als ein allgemeines moralisches gelten läßt, oder es etwa in die Gesinnung umsetzen wollte, daß ein jeder im Dienste seiner Mitmenschen arbeite. Nein, in der Wirklichkeit lebt das Gesetz nur so, wie es leben soll, wenn es einer Gesamtheit von Menschen gelingt, solche *Einrichtungen zu schaffen, daß niemals jemand die Früchte seiner eigenen Arbeit für sich selber in Anspruch nehmen kann*, sondern daß diese möglichst ohne Rest der Gesamtheit zugute kommen. Er selbst muß dafür wiederum durch die Arbeit seiner Mitmenschen erhalten werden.“

R. Steiner in „Geisteswissenschaft und soziale Frage“
(Wochenschrift für freies Geistesleben 10. Jahrg. Nr. 31)

„Nicht ein Gott, nicht ein sittliches Gesetz, nicht ein Instinkt fordert im modernen wirtschaftlichen Leben den Altruismus im Arbeiten, im Erzeugen der Güter, sondern einfach *die moderne Arbeitsteilung. Also eine ganz volkswirtschaftliche Kategorie fordert das.*“
„Das ist ungefähr, was ich dazumal in jenem Aufsatz (siehe oben „Arbeitsteilung und Geldfunktion – das soziale Hauptgesetz“) habe darstellen wollen: daß unsere Volkswirtschaft mehr fordert von uns, als wir in der neuesten Zeit ethisch-religiös leisten können.. Darauf beruhen viele Kämpfe. Studieren Sie einmal die Soziologie der Gegenwart: Sie werden finden, daß die sozialen Kämpfe zum großen Teil darauf zurückzuführen sind, daß beim Erweitern der Wirtschaft in die Weltwirtschaft die Notwendigkeit immer mehr und mehr aufgetreten ist, altruistisch zu sein, *altruistisch die verschiedenen sozialen Bestände einzurichten*, während die Menschen in ihrem Denken eigentlich noch gar nicht verstanden hatten, über den Egoismus hinauszukommen, und daher immer hineinpfeuschen in egoistischer Weise in dasjenige, was eigentlich als eine Forderung da war.

Diese kaschierte, maskierte Tatsache ist die, daß wegen der Diskrepanz der Menschheitsgesinnung der modernen Zeit zwischen der Forderung der Volkswirtschaft und dem religiös-ethischen Können in einem großen Teil der Volkswirtschaft praktisch darinnen ist dieses: *daß die Menschen sich selber versorgen, daß also unsere Volkswirtschaft selber widerspricht demjenigen, was eigentlich ihre eigene Forderung ist durch die Arbeitsteilung.* Insoweit die Arbeitsteilung ihre Forderung schon erfüllt bekommen hat, in der neueren Zeit, ist in der Tat der Altruismus vorhanden: Arbeiten für die Anderen.“

R. Steiner, Nationalökonomischer Kurs

zu ersetzen durch einen regulierten Markt¹³. Zu dieser Forderung kann ein überzeugter Sozialist nur dann kommen, wenn er durchschaut hat, daß Marktwirtschaft und Kapitalismus durchaus nicht zwei Worte für dieselbe Sache sind¹⁴. Zweitrangig gegenüber dieser Grundsatzserkenntnis ist die Frage nach der Notwendigkeit einer Kontrollinstanz für den Markt, die – wie Šik vorschlägt¹⁵ – sich wohl zweckmäßigerweise zusammensetzen müßte als eine paritätische Vertretung von Produzenten und Nicht-Produzenten.

Besitz an Grund und Boden¹⁶

Jeder Mensch braucht Sonne, Luft, Wasser und Erde. So selbstverständlich diese Feststellung klingt, so wenig ist man heute geneigt, die daraus sich ergebenden Konsequenzen für das Bodenrecht zu ziehen. Es wäre absurd, wenn beispielsweise jemand versuchen würde, auf irgendeine Weise das Sonnenlicht oder die Luft sich anzueignen und den Rest der Menschheit nur gegen Entgelt in den Genuß dieser Dinge kommen zu lassen. In Bezug auf die Erde, die Erdoberfläche insbesondere, ist das jedoch die Regel. Jeder Mensch braucht die Erdoberfläche, um darauf zu stehen, hin und herzugehen, um darauf zu leben und zu arbeiten, um zu wohnen usw. Also ist der Erdboden für jeden Menschen ein Grundlebensbedürfnis. Jeder neugeborene Mensch bemerkt allerdings nach einiger Zeit, daß der Erdboden bereits an andere verteilt ist. Vielleicht hat er das Glück, in eine Familie hineingeboren zu werden, die über einen Teil der Erdoberfläche frei verfügen darf, und die ihm in Aussicht stellt, ihm demnächst dieses Verfügungsrecht durch Erbschaft weiterzuverschenken. Andere sehen sich vor die Notwendigkeit gestellt, ihr Leben ohne solche Verfügungsrechte fristen zu müssen oder sich ein solches Recht durch mühsame Anstrengung zu erkaufen. Wer jedoch die Anstrengung nicht auf sich nehmen will, sich Verfügungsrechte über Grund und Boden zu erkaufen, der ist gezwungen, sein Leben lang Miete zu zahlen; diese Miete ist die sogenannte Bodenrente.

Die Erdoberfläche hat eine bestimmte Gesamtgröße; sie läßt sich nicht vermehren. Sicherlich ist es möglich, Sümpfe trockenzulegen, Land einzu-

13) Šik entwickelt diesen Vorschlag im Rahmen einer eingehenden Analyse der Wirtschaftsordnung in den sozialistischen und den westlichen Länder in dem Werk: *Der dritte Weg*. Hamburg 1972, insbesondere S. 204–217.

14) Siehe auch Ota Šik in dem Vortrag *Marktwirtschaft ohne Kapitalismus*, der in Heft 87/88 (April 1971) dieser Schriftenreihe erschienen ist.

15) z. B. in *Der dritte Weg* S. 212 f.

16) Demnächst wird in Fragen der Freiheit eine ausführliche Darstellung der gegenwärtigen Bodenproblematik in der BRD erscheinen. Deshalb beschränkt sich dieser Beitrag auf eine Darstellung grundsätzlicher Gesichtspunkte.

deichen, Wüsten urbar zu machen, Urwälder zu roden. Der solchermaßen erfolgende Zuwachs an bewohnbarer Bodenfläche ist jedoch von vornherein auf ein überschaubares Maß beschränkt. Dieser Raum ist der Lebensraum der Menschheit, ungeachtet der darauf ebenfalls angewiesenen Tier- und Pflanzenwelt. Wie sieht nun die gerechte Verteilung dieser Erdoberfläche an die darauf leben wollenden Menschen aus?

Niemand hat zunächst einen besonderen Anspruch auf die vorrangige Zuteilung einer bestimmten Bodenfläche, vielmehr haben alle einen gleichen Rechtsanspruch auf die gesamte bewohnbare Erdoberfläche. Dieses menschliche Grundrecht kann ebenso eingesehen werden, wie das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit, auf Erziehung und Bildung, auf freie Berufswahl usw. Für die Gestaltung der sozialen Verhältnisse nimmt es denselben Rang ein wie ein mathematisches Axiom für die Mathematik. Die Erde gehört allen Menschen gleichermaßen. Welchen Einzelmenschen dann die Verwaltung und Nutzung der Erdoberfläche übertragen wird, ist gegenüber dieser grundlegenden Einsicht eine zweitrangige Frage. Allerdings verlangt die Beantwortung dieser Frage ein weitaus höheres Maß an Denkarbeit.

Eine arbeitsteilige Gesellschaftsordnung ermangelte der inneren Konsequenz, falls jeder Mensch den ihm zustehenden Teil der Erdoberfläche abzäunte und seine private Hauswirtschaft darauf gründete. Das wäre höchst unpraktisch, da die Größe des jeweiligen Grundstückes mit der wachsenden oder sinkenden Bevölkerungszahl sich jeweils verändern müßte. Außerdem gibt es viele Menschen, die ganz andere Dinge tun möchten, als ihr Leben lang ihre eigene Hauswirtschaft zu betreiben. Deshalb wird eine sinnvolle Bodenordnung das Recht der Bodennutzung durch nur einen Teil der Menschheit zulassen. Diese Menschen wären dann jedoch keine Bodeneigentümer im heutigen Sinne mehr, sondern ‚Bodennutzer‘. Selbstverständlich müßten die ‚Bodennutzer‘ eine angemessene Entschädigung an diejenigen zahlen, die auf ihr Nutzrecht verzichten. Bei Grundstücken, die niemand oder nur einer nutzen will, wäre die ‚Nutzverzichtsentschädigung‘ selbstverständlich gleich Null. Je mehr Menschen ein bestimmtes Grundstück nutzen wollen, desto höher wäre die Nutzverzichtsentschädigung, die zu zahlen wäre. Eine solche, hier nur in den Grundzügen skizzierte Regelung, bedürfte unbedingt der Ergänzung durch umfassende Bebauungspläne, damit Wildwuchs und Mißbrauch von vornherein verhindert wird. Es darf nicht geschehen, daß Banken, kapitalkräftige Unternehmungen usw. jedes beliebige Grundstück ersteigern können. — Es handelt sich also um die Verteilung der Nutzungsrechte an Grund und Boden durch einen regulierten Markt. Eine Verwaltungsbükratie wäre nicht erforderlich; die Bebauungspläne sollten aufgestellt werden von Gremien, die sich zusammensetzen aus paritätischen Vertretungen der Bodennutzer und der Nicht-Bodennutzer. Eine solche Regelung hat den Vorteil, daß jedes Grundstück nach Maßgabe der Bebauungsvorschriften optimal genutzt wird.

Ergänzt werden muß eine solche Regelung durch Maßnahmen gegen die Bodenspekulation. Es darf nicht möglich sein, daß irgendjemand durch den bloßen Ankauf und Verkauf von Grundstücken Spekulationsgewinne machen kann. Der Wertzuwachs eines Grundvermögens ist nicht Leistung des jeweiligen Eigentümers, sondern der vermehrte Bedarf an Grund und Boden in der umliegenden Gemeinschaft bewirkt die Wertsteigerung. Dementsprechend hat der jeweilige Besitzer bei Verkauf seines Grundstückes auch keinen sachlich begründeten Anspruch auf diesen Wertzuwachs¹⁷.

*

Der vorstehende Aufsatz von Detlev Böhm enthält eine solche Fülle von Anregungen – sowohl zum Gesamtproblem der Wirtschafts- und Währungsordnung wie zu Einzelproblemen, etwa des Aktienrechts, der Vermögensbildung, der Mitbestimmung usw. –, daß wir für ergänzende Diskussionsbeiträge zu diesem Thema besonders dankbar wären, zumal das Thema „Gibt es einen Dritten Weg?“ als Gesamtthema im Mittelpunkt unserer diesjährigen Herrschinger Tagung stehen wird.

Red.

17) Abgesehen von dem zu erwartenden zusammenfassenden Bericht über das Bodenrecht hat 'Fragen der Freiheit' sich in vielen Folgen beschäftigt mit dem ungelösten Bodenproblem, u.a. in den Folgen 51–55, 76, 80. Eine bibliographische Erfassung der Beiträge zum Bodenrecht ist in Heft 99/100 von 'Fragen der Freiheit' erschienen.

Bericht aus Deutschland*

Lassen Sie mich nun auch noch kurz über die politischen Ereignisse in den vergangenen Wochen in der Bundesrepublik berichten. Drei Ereignisse ragen heraus: der Besuch Breschnews in Bonn, der Führungswechsel in der CDU und die Bemühungen der Bundesregierung und der Bundesbank, die Preis- und Lohnsteigerungen zum Stillstand zu zwingen.

Von überragender Bedeutung dürfte dabei ohne Zweifel der Besuch des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Leonid Iljitsch Breschnew, in Bonn gewesen sein. Wenn es zutrifft, wie Sie schreiben, daß in der bedeutendsten Zeitung Ihres Landes, THE STAR, nur eine winzige Notiz über den Breschnew-Besuch in der Bundesrepublik Deutschland zu finden war, dafür aber seitenweise mit riesigen Schlagzeilen Berichte über den Sex-Skandal in England – dann werden Sie sich wohl kaum eine Vorstellung machen können von der Euphorie, die in Bonn in den ersten Tagen des Breschnew-Aufenthaltes herrschte. Die zahllosen Bilder, die von Brandt und Breschnew in allen Zeitungen, Zeitschriften, Illustrierten zu sehen waren, vom Television gar nicht zu reden, schienen eine Freundschaft und Herzlichkeit wiederzuspiegeln, wie sie zwischen Berlin und Petersburg selbst in der Zarenzeit nicht üblich gewesen ist. Man konnte wahrhaftig des Glaubens sein, nun sei der Frieden für alle Zeiten „sicher“; ein Ausdruck, den der Bundeskanzler mit Vorliebe für die Bezeichnung des Ziels seiner Außenpolitik verwendet: „den Frieden sicherer machen“.

*) Mit freundlicher Genehmigung des Verfassers einem nach Übersee gerichteten Briefe entnommen

Inzwischen ist die Hochstimmung abgeflaut, und Ernüchterung ist eingetreten. Die Gesichter der berufenen Politiker strahlen nicht mehr, Brandt selbst zeigte sich sehr nachdenklich. Man scheint „Breschnews Offensive des Lächelns“ (DIE ZEIT, Hamburg) und sein Umwerben der deutschen Industrie-Gewaltigen mit wahrhaften Visionen weitestreichender Projekte langfristiger wirtschaftlicher Zusammenarbeit, zumal in Bezug auf die Ausbeutung der „unermesslichen“ Ressourcen der Sowjetunion an Energie, Erzen, Holz usw. durchschaut zu haben, obwohl – oder vielleicht auch gerade weil –, Breschnew warb, wie Augenzeugen berichten, für diese seine Sache mit der Inständigkeit eines total engagierten“ (DIE ZEIT), „im Bewußtsein wohl auch des persönlichen Risikos, das er mit seiner Westpolitik eingegangen ist. Seine Machtposition im Kreml ist stark, erst vor kurzem eliminierte er seine hartnäckigsten Widersacher aus dem Politbüro. Jetzt in Bonn wurde aber auch deutlich, wie sehr der sowjetische KP-Chef unter Erfolgszwang steht ... Falls die Erfolge ausbleiben, steht schon jetzt der Hauptverantwortliche fest.

„Damit stellt sich die Frage nach der beiderseitigen Verkraftbarkeit dieser breschnewischen Premiere am Rhein. Aus der euphorischen Stimmung, die der faszinierenden Stimmungsmacher aus dem Kreml hier verbreitet hat, müssen jetzt realistische Vorstellungen entwickelt werden ...

„Die angepriesenen Monsterprojekte in den sibirischen Weiten sind für die Industrie der Bundesrepublik um einige Schuhnummern zu groß. Einem raschen Ausbau des bilateralen Handels steht die mangelnde Lieferfähigkeit und beschränkte Exportpalette der Sowjets entgegen ... Nur auf Kredit (wie die Sowjets wollen) läßt sich

in die Breite und auf Dauer kein Handel machen ...

„Der Ernüchterung über die begrenzten wirtschaftlichen Kooperationsmöglichkeiten wird früher oder später eine politische Ernüchterung folgen ... Irgendwann und irgendwo wird sich auch zeigen, daß Bonns und Moskaus europäische Entspannungskonzepte nicht identisch sind. In der Bonner Schlußerklärung jedenfalls hat jene von Breschnjew in einer Tischrede beschworene „Übereinstimmung zwischen uns und dem Bundeskanzler“ in den „großen politischen Vorhaben“ Europas keinen nennenswerten Niederschlag gefunden.“

Soweit die regierungsfreundliche Hamburger ZEIT. Noch kritischer urteilen andere Blätter, etwa die „Deutsche Zeitung/Christ und Welt“: „Die Prämisse, von der Breschnjew ausgeht, ist faszinierend: Er glaubt, daß es gelingen könnte, die Sowjetunion politisch mit dem Westen auszugleichen, sowjetische Ideen und Einflüsse nach Westen zu exportieren, westliche Maschinen und westliches Know how in den Osten zu importieren, ohne daß es zu einem Wettkampf der Ideen kommt. Er scheint davon überzeugt, daß es kein neues Prag geben wird und daß die innersowjetische Opposition sich gerade dann am erfolgreichsten knebeln läßt, wenn die Beziehungen Moskaus zum Westen gut sind.

„Hier aber dürften auf die Dauer die schwachen Punkte in der Position des sowjetischen Parteichefs zu suchen sein. Vielleicht geht seine Rechnung auf – nämlich ein Westeuropa vor der Haustür zu haben, das nicht mehr mit Amerika verbunden und daher sowjetischen Einflüssen offen ist. Aber selbst dann ist die Frage nicht beantwortet, ob der Rückschlag innerhalb des sowjetischen Kommunismus nicht alle Gewinne wieder fragwürdig machen könnte. Auch in diesem Sinne ist der sowjetische Gast vom Petersberg ein Hasard-Mensch.“

Vorsichtiger im Urteil war die „Frankfurter Allgemeine“. Sie schrieb u.a.: „Für

Bonn haben jetzt die Stunden der Nachdenklichkeit begonnen; die Bilanz ist schwer wie selten. Das nüchterne Abspulen der protokollarischen Schlußzeremonien, der Verzicht auf jede außergewöhnliche Geste deuten darauf hin, daß beide Seiten willens waren, zu zeigen, wie fest sie mit den Beinen auf dem Boden stehen. Um dieses Treffen wird es keine Aureolen geben; dem Geist von Oreanda folgt nicht der Geist von Bonn. Dies zumal, da sich ersterer hierzulande keiner großen Beliebtheit erfreut und in den Augen vieler eine Spur zu rötlich schimmert. Jedenfalls fiel auf, daß er in diesen fünf Tagen ausgiebig nur von den Gästen beschworen wurde.

„Was hat der Besuch gebracht, was hat er mitnehmen können? heißt jetzt das große Rätselraten aller Bonner Gesprächsrunden ... „Kaum jemand wagt, so kurz nach der Abreise, das Urteil, ob Breschnjews Besuch einmal als Durchbruch zur Normalisierung gelten wird, ob ein Arbeitsmuster für das Miteinander gefunden oder nur ein Wegweiser zu Erwünschtem gesetzt wurde. Die Atmosphäre war gegen Ende, wenn nicht kühler, so doch spürbar distanzierter; man verzichtete auf Arabesken, vielleicht auch, um die exotisch angehauchte Hektik der ersten Tage aus dem Getriebe der Arbeitskonferenz zu bringen.

„... Und ... als nach der Unterzeichnung des Schlußprotokolls der Kanzler und sein Gast plötzlich im Freien erschienen und mit bitterernsten Mienen im Gelände leidwandelten, schritten sie durch den Journalistenpulk, als gebe es ihn gar nicht. „Nur einmal noch schien es, als spüre Breschnjew plötzlich den Zwang, auf die diplomatische Verfremdung zu pfeifen, bei jenem allerletzten Zwischenspiel, als die Iljuschin der Aeroflot sich schon mit seinen Begleitern füllte. Da, beim Abschiednehmen, griff er dem Minister Bahr nach beiden Armen, rückte ihm ganz dicht auf den Leib und redete wie ein Preßlufthammer auf ihn ein. Man kann nur vermuten, was des Kanzlers

Ost-Bote zu hören bekam: Junge, denk doch endlich mal so, wie ich will.

„Das war Breschnews privates Schlußwort nach den gemessenen offiziellen Reden vom Montag abend und Dienstag morgen. Hier klang die Bilanz positiv, ohne daß einer der beiden auch nur im Ansatz Jubel oder Triumph kundgetan hätte. Brandt stellte fest, daß ‚die Tage in Bonn gut genutzte Zeit waren‘; man sei ‚im näheren und weiteren Umkreis keinem wichtigen Problem ausgewichen‘, könne ‚ehrlich von einer Übereinstimmung in entscheidenden Fragen sprechen‘. Breschnew glaubte, ‚daß sich beide Seiten bemühen werden, um all das, was wir uns vorgenommen haben, in konkrete Taten umzusetzen ...‘. Brandt wiederum umriß das gemeinsame Ziel mit dem Begriff ‚produktive Koexistenz‘.“

Mit diesem Auszug aus einem abschließenden Bericht der FAZ muß ich nun leider schon schließen. Aber vielleicht doch noch dies: es gibt zwei Grundansichten über unser Verhältnis zur Sowjetunion, die einen bleiben dem Kommunismus gegenüber, wie schillernd auch immer seine Angebote aussehen werden, von Grund auf mißtrauisch – eines Tages wird er doch zupacken und die ihm verhaßte Freiheit vernichten; die andern glauben an die Macht der verändernden Wirkung immer neuer und immer häufigerer Begegnungen von Mensch zu Mensch durch die angebahnten wirtschaftlichen und sonstigen Kontakte – eines Tages wird der Kommunismus sich soweit verändert haben, daß wirklich friedliche Koexistenz mit ihm möglich ist. Demgegenüber sagen wiederum die einen: die Freiheit an sich ist bereits des Kommunismus' wie Rußlands Feind – deshalb werden Kommunisten wie Russen nicht aufhören, Gegner des Westens zu sein, sie ‚müssen‘ schlechthin versuchen, sich den Westen untertan zu machen; die andern sagen, um des Friedens willen müsse auf jeden Fall der Versuch des Ausgleichs gewagt werden, und dauere er Jahrzehnte. Ob wir

solch langen Atem haben werden und mit Gewehr bei Fuß solcher Entwicklung zusehen und an ihr mitwirken können – oder ob wir doch vor der Zeit weich werden und unser Erstgeburtsrecht der Freiheit ob eines Linsengerichts verraten? Zerrissen wie unser Volk heute ist, kann man nur guten Gewissens zu unbedingter Festigkeit raten.

Über die, übrigens noch nicht abgeschlossene, Entwicklung in der Christlich-Demokratischen Union kann ich nun aber nicht mehr eingehend berichten. Hier nur soviel: nach dem Rücktritt Barzels – und zwar sowohl als Fraktionssprecher der CDU/CSU wie als Parteivorsitzender der CDU – hat diese Partei insofern rasch Tritt gefaßt, als sie mit sehr großer Mehrheit einen völlig neuen Mann an ihre Spitze gewählt hat, Professor Karl Carstens. Freilich einen auf der Bonner Bühne nicht Unbekannten, zuletzt Staatssekretär im Bundeskanzleramt unser Kiesinger. Sein Debut war trotz Zurückhaltung eindrucksvoll. Ein hochbegabter Mann von beachtlichem Format und bemerkenswertem Auftreten. Außenpolitiker von Geblüt. Wenn nicht direkt Gegner, so doch sehr kritischer Beobachter der Ostverträge, die nach seiner Auffassung viel zu rasch und ohne genügende Absicherung, zumal auch in der Berlin-Frage, abgeschlossen worden sind. Ein, wie es scheint, völlig selbständiger, unabhängiger Mann. Man wird mit Spannung verfolgen, ob es ihm gelingt, die zerrissene CDU/CSU wieder zusammenzuschweißen und dahin zu bringen, daß alle wieder an einem Strang ziehen. Über den künftigen Parteivorsitzenden der CDU ist noch nicht das letzte Wort gesprochen, immerhin scheint es im Augenblick, daß der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl Barzels Nachfolger werden wird. Ob auch er der Partei neue Impulse vermitteln wird, ist noch vollkommen offen. Man sagt, er habe ein ausgeprägtes Verhältnis zur Macht, er ist jedenfalls ein mutiger, versierter Verwal-

tungsmann, wie seine Reformen in Rheinland-Pfalz gezeigt haben, und er hat mit der Wahl von Professor Kurt Biedenkopf zu seinem künftigen Generalsekretär bereits jetzt eine Entscheidung getroffen, die eine höchst lebendige „geistige und ideologische Auseinandersetzung mit dem Sozialismus“, einen „Wettbewerb der Systeme“ erwarten läßt. Optimisten sagen, die CDU habe „Segel gesetzt“, aber da sind noch starke Gegner dieser „progressiven Mitte“ (Kohl), so daß man abwarten muß, ob die neuen Männer auch die Kraft haben werden, das Schiff zu steuern – und zwar nach nur *einem* Kompaß; und obendrein nach einem, der „Freiheit“ heißt. Doch, wie gesagt, das alles ist noch völlig offen.

Derweil kämpfen Wirtschafts- und Finanzminister der Regierung gegen die Windmühlenflügel der Inflation, die sie sich selbst gebaut haben. Wenn es noch eines Zeugen bedarf: Klaus Dieter Arndt, SPD-Mitglied, Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, unter Schiller Staatssekretär in dessen Superministerium, sagt es immer wieder: Inflation kommt von Geldmengenaufblähung und von nichts sonst! Die Gelder, die in den vergangenen zwei Jahren in die Bundesrepublik geflossen sind, weil keine Lösung in der Wechselkursfrage erreicht, d.h. nicht rechtzeitig freie Wechselkurse eingeführt worden sind – diese Gelder wirken sich jetzt aus. Weil aber die Bundesregierung, so wenig wie die Bundesbank, die Macht hat, diese Geldmengen nachträglich noch stillzulegen, kann es jetzt keine befriedigende Lösung mehr geben. Ja, der Liquiditätszufluß zur Bundesbank wirkt – im Gegenteil – auf dem Umwege über den Federal Reserve Board in New York noch zusätzlich echt geldschöpfend. Im Bericht der Abteilung Volkswirtschaft der Commerzbank heißt es hierzu: „Die ‚New York‘-Dollars sind mithin wieder dort angelegt, wo sie ursprünglich herkamen: bei der Zentralbank. Diese besitzt aber noch immer die ‚BIZ‘-

Dollars, so daß mit dem ursprünglichen Dollar ein weiterer Dollar geschaffen wurde.“

Alles was Regierung und Bundesbank jetzt noch zur Lohn- und Preisdämpfung unternehmen können, ist ein Kurieren an den Symptomen. Weil zuviel Geld = Kaufkraft ins Land geflossen ist, kann bestenfalls – wenn man den Fortgang der Inflation vermeiden will – den Konsumenten diese Kaufkraft durch rigorose Besteuerung (auf Zeit oder auch für immer) weggenommen werden. Diesen harten Schritt jedoch wagt die Regierung nicht. Tatsächlich würde sie damit ja auch die „Falschen“ bestrafen, nämlich die, die für ihre Arbeit (= Herstellung von Gütern und Dienstleistungen aller Art) den Gegenwert in Geld erhalten haben, um eben diese Güter direkt oder auf dem Umwege über Steuern (Staatsbedarf), Versicherungen (Alters-, Invaliditäts-, Krankenbedarf) und Sparen (Investitionsbedarf) wiederum zu kaufen. Und diese Kaufkraft will man also beschneiden, d.h. einen Teil davon wegnehmen! – weil man es versäumt hatte, beizeiten den Wechselkurs den realen Verhältnissen anzupassen, d.h. praktisch freizugeben, und den spekulativen Zustrom von Dollar (wie gerade im vergangenen Februar) durch Verweigerung der Konvertierung der Dollar in D-Mark zu unterbinden. Jetzt haben die den Gewinn, die – als Exporteure etwa – in den Genuß der durch die falschen Wechselkurse zuviel erlösten D-Mark gekommen sind, bzw. die, die – vor Einführung des 100%-igen Bardepots – noch Dollar zu günstigen Wechselkursen in D-Mark konvertieren konnten. (Übrigens reicht dieses Bardepot, wie sich inzwischen zeigt, nicht aus, die Dollarkonvertierung in D-Mark völlig zu unterbinden: es scheint vielmehr noch beträchtliche Umgehungsmöglichkeiten zu geben.)

Da es sich bei diesem riesigen Geldtransfer nicht um Ertrag aus wirtschaftlicher Tätigkeit im Sinne der Steuergesetzgebung handelt, brauchen die Begünstigten nicht

einmal Steuern auf diese Gewinne zu entrichten. Und da sollen nun die kleinen Lohn-, Gehalts- und Einkommensempfänger einen zusätzlichen Teil ihrer rechtmäßig erworbenen Ansprüche an das gemeinsam erarbeitete Sozialprodukt abgeben? ... Das sehe ein, wer kann ...

Die Inflation wird solange weitergehen, bis Preis- und Lohnniveau wieder in ein festes Verhältnis zur Gesamtgeldmenge — auf höherem Niveau — gekommen sein werden. Wobei die derzeitigen rasanten Export- und dadurch Zahlungsbilanz-Überschüsse — wiederum als Folge noch immer nicht freier Wechselkurse — den Endtermin des Einpendelns auf dieses „feste Verhält-

nis“ vorerst ad infinitum verschieben. (Über die Problematik des „Blockfloatens“ der Währungen der Länder der Europäischen Gemeinschaft müßte gelegentlich an anderer Stelle einmal berichtet werden.) Deshalb ist im Augenblick also nur eines sicher: die nächste Krise kommt gewiß, und zwar in allernächster Zukunft. Ob wenigstens *dann* Herr Schmidt (unser Bundesfinanzminister) den Hut nehmen muß? Oder ob er auch noch mit Lohn- und Preisstopp beginnen darf, den Ast abzusägen, auf dem wir alle sitzen?

7. Juni 1973

gez. F. L. G.

Buchbesprechung

Literatur zur Reform des Bodenrechts

Auf folgende wichtige Veröffentlichungen wird hingewiesen:

1. Vorschläge zur Reform der Bodenordnung vorgelegt von der Kommission für Bodenrechtsreform beim Parteivorstand der SPD (Materialien zum Parteitag 1972), 56 S.

Diese Broschüre enthält die Ergebnisse einer Kommission, die unter Vorsitz des Bremer Bürgermeisters Koschnick, des damaligen Wohnungsbauministers Lauritzen, und des ehemaligen Münchener Oberbürgermeister Vogel erarbeitet wurde. Die Reformvorschläge der Kommission umfassen im wesentlichen

- a. eine Neuregelung des Planungsrechts der Gemeinden,
- b. eine Reform des Enteignungs- und Entschädigungsrechts,
- c. die Einführung eines Planungswertausgleichs,
- d. die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer (auf realisierten und nichtrealisierten Bodenwertzuwachs).

Die einzelnen Teile des Gutachtens enthalten jeweils einen Problemaufriß und danach eine begründete Darstellung des vorgeschlagenen Instrumentariums. Ein Anhang enthält eine Übersicht über Beschlüsse bisheriger SPD-Parteitage zum Bodenproblem, und einige Gutachten zu bestimmten Einzelfragen (u.a. Besteuerung nichtrealisierter Gewinne, Überwälzbarkeit oder Kapitalisierbarkeit von Grundbesitzabgaben).

Zusammen mit dem Gutachten können bei den angegebenen Stellen bezogen werden folgende Sonderdrucke:

Prof. Dr. Konrad Littmann, Einige Bemerkungen zur Frage der Wertzuwachsbesteuerung;

Dr. Hans Jochen Vogel, Bodenrecht und Stadtentwicklung (NJW 1972, S. 1544 ff)

2. Bodenrecht. Beiträge zur Reform des Grundeigentums

Zusammengestellt von H. P. Knirsch. Reihe Aktuelle Dokumente de Gruyter, Hrsg. Prof. Ingo v. Münch, Verlag de Gruyter 1972, 203 S., DM 12,50.

Dieser sehr instruktive Sammelband enthält die Teile:

I. Vorschläge zur Reform des Bodenrechts — Bericht der Arbeitsgruppe des Bundesministeriums für Städtebau und Wohnungswesen, Juni 1971

II. Vorschläge und Äußerungen der Parteien

III. Vorschläge und Äußerungen anderer Organisationen und Stellen: Kommunalverbände, Bundesverfassungsgericht, Verbände, Gewerkschaften, Kirchen usw.

Die im Juli 1972 veröffentlichten Vorschläge der SPD-Bodenreformkommission sind in diesem Band noch nicht enthalten. Die unter I. abgedruckten Vorschläge des Städtebauministeriums scheinen damit jedoch weitgehend übereinzustimmen.

Herbert Spies

Ankündigung

*Seminar für freiheitliche Ordnung
der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e. V.*

29. Tagung

Sommertagung des Seminars

für freiheitliche Ordnung

vom 21. bis 30. Juli

in der Bauernschule

in Herrsching am Ammersee

Thema

Gibt es einen dritten Weg?

Marksteine und Zielgedanken zur Überwindung
privater und kollektiver Macht

Bitte merken Sie den Termin jetzt schon vor und machen Sie
auch Ihre Freunde auf die Tagung aufmerksam.

GIBT ES EINEN DRITTEN WEG?

– Marksteine und Zielgedanken zur Überwindung
privater und kollektiver Macht –

Europa und die Welt können keinen wirklichen Frieden finden, solange der Ost-West-Gegensatz als Kampf um Machtpositionen geführt wird. Zwischen Ost und West wird es auch in Zukunft wesentliche weltanschauliche Gegensätze geben, die das geistige Antlitz der Erde prägen. Wenn östliche und westliche Weltanschauung, Wissenschaft und Bildung jedoch zu Machtideologien mißbraucht werden, tritt an die Stelle geistig-kultureller Begegnung und gegenseitiger Befruchtung der politische Kampf von Machtblöcken, dem die kulturellen und wirtschaftlichen Hilfsquellen dienstbar gemacht werden.

Europa lebt in dem Spannungsfeld dieses Ost-West-Gegensatzes.

Wenn es sich nur darum handelte, zwischen dem sozialistischen System des Ostens und dem kapitalistischen System des Westens das ökonomisch ergiebigere zu wählen, fiel die Entscheidung zugunsten des westlichen Systems nicht schwer, zumal die kapitalistische Wirtschaft und die auf ihr gegründete Gesellschaftsordnung der persönlichen Freiheit einen relativ weiten Spielraum beläßt. Es handelt sich aber gerade nicht um die Wahl zwischen Systemen mit einem größeren oder geringeren Wohlfandstandeffekt, sondern um die grundlegende Frage nach dem *menschengemäßen* Sozialsystem, nach einem Gemeinwesen, dessen Rechtsordnung Machtausübung von Menschen über Menschen in jeder Form schon von der Rechtsgrundlage her ausschließt. Bei der Analyse der gegenwärtigen politischen Situation und künftigen Entwicklung müssen wir daher vom Menschen als dem entscheidenden Kriterium ausgehen, und zwar vom individuellen, autonomen, nicht primär interessegebundenen Menschen.

Unter diesem Aspekt heißt die gesellschaftliche Alternative nicht: Sozialismus oder Kapitalismus. Es kann sich auch nicht um einen einfachen Brückenschlag oder Kompromiß zwischen den beiden sich ausschließenden Systemen handeln, denn das Maß an persönlicher Freiheit, die das kapitalistische Wirtschaftssystem dem einzelnen immer noch gewährt, würde dann endgültig in der kollektiven „Gerechtigkeit“ sozialistischer „Errungenschaften“ untergehen. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, einen originären „dritten Weg“ zu finden, der frei von Interessengebundenheit, frei von Ideologien und Machtansprüchen gesellschaftliche Lebensformen rechtlich begründet, die sich ausschließlich am Menschen und seinen individuell-geistigen, mitmenschlich-sozialen und natürlich-wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen und Lebenszielen orientieren.

Die kommende Herrschinger Tagung soll dazu beitragen, diesen dritten Weg — jenseits kollektiver und privater Machtansprüche — näher zu bestimmen mit dem Ziel, daß persönliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit durch eine Ordnung der Gegenseitigkeit von individuellen Ansprüchen und individuellen Leistungen auch politisch verwirklicht wird.

Kommen Sie zur Herrschinger Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 21.—29. Juli in der Bauernschule in Herrsching am Ammersee.

Wir laden Sie zur Mitarbeit ein!

Seminar für freiheitliche Ordnung

PROGRAMM*

Zeit	Samstag 21. Juli 1973	Sonntag 22. Juli 1973	Montag 23. Juli 1973	Dienstag 24. Juli 1973	Mittwoch 25. Juli 1973
9 Uhr	Das Tagungsbüro ist ab 10 Uhr geöffnet	<i>Eckhard Behrens</i> Autonomie und Gesellschaftliche Verantwortung von Schulen und Hochschulen – Überwindung von Machtpositionen im Bildungswesen			<i>Ernst Winkler</i> Die konjunkturpoli- tischen Bedingungen des wirtschaftlichen Gleichgewichtes
10.30 Uhr	Pause				
10.45 Uhr		<i>Ernst Winkler</i> Hemmungslosigkeit oder Proportionalität des Wirtschaftswach- stums – ein gesell- schaftliches Macht- problem	<i>Gruppenarbeit*</i>		
12.30 Uhr	Mittagessen				
16.00 Uhr	Begrüßung und Vorstellung	<i>Hans Ulrich Galtwas</i> Über die Macht	<i>Elmar Pieroth</i> Was bedeutet Wirtschaftsdemokra- tie? – Keine Mitbe- stimmung ohne Mit- verantwortung im Betrieb –	<i>Volker Schmidt</i> Die Bodenrechts- reform	<i>Hermann Hummel- Liljegren</i> Rechts- und Struktur- fragen zur freien Stiftungsuniversität
18.00 Uhr	Abendessen				
20.00 Uhr	<i>H. H. Vogel</i> Wo stehen wir auf dem Weg zur Freiheit für alle? – Gibt es einen dritten Weg –	<i>Lothar Vogel</i> Freiheitsimpuls zu Beginn der Neuzeit – Keime zu einer gesamtgesellschaft- lichen „Gewaltent- teilung“ –	<i>K. P. Hensel</i> Löst die soziale Marktwirtschaft das Machtproblem in der Wirtschaft?	<i>Giselher Hauptmann</i> Schule in einer Demokratie – Ergebnisse einer Studienreise –	<i>Johannes Flüge</i> Lernzielplanung und totalitäre Gesell- schaftspolitik

Gruppenarbeit

Wirtschaft: a) Hemmungslosigkeit oder Proportionalität des Wirtschaftswachstums – ein gesellschaftliches Machtproblem
Leitung: Ernst Winkler, Eckhard Behrens

b) Die Bodenrechtsreform Leitung: Jobst v. Heynitz, Günter Friedrich

c) Über die Notwendigkeit eines Weltwährungssystems Leitung: Fritz Penserot

Staat: Die Grenzen des Staates – Freiheit und Gleichheit, die Grundsäulen der Demokratie Leitung: Heinz-Peter Neumann

Kultur: Das Selbstbestimmungsrecht des Menschen – Die rechtlichen Strukturen eines freien Bildungswesens

Leitung: H. H. Vogel, Detlef Böhm

PROGRAMM*

Donnerstag 26. Juli 1973	Freitag 27. Juli 1973	Samstag 28. Juli 1973	Sonntag 29. Juli 1973	Montag 30. Juli 1973
<i>Lothar Vogel</i> Anthropologie und Soziologie			<i>Podiumsdiskussion</i> Arbeitsgruppe Staat	Abreise
Pause				
<i>Gruppenarbeit*</i>		<i>Podiumsdiskussion</i> Arbeitsgruppe Wirtschaft	<i>Podiumsdiskussion</i> Arbeitsgruppe Kultur	
Mittagessen				
<i>Paul-Ludwig Weinacht</i> Rechtfertigung politischer Systeme	<i>Jan Osers</i> Neue Vorstellungen über einen Weg zwi- schen Kapitalismus und Sowjetsozialis- mus in den neuesten Büchern von Sik, Garaudy, Löbl etc.	<i>Werner Maihofer</i> Persönliche Freiheit und soziale Gerech- tigkeit — Das sozial- liberale Ziel	<i>Plenum</i> Aufgaben und Ziele des Seminars	
Abendessen				
<i>Willy Geiger</i> Mißverständene Demo- krisierungstenden- zen — eine Gefahr für die Freiheit und ein Weg zu Kollektiver Macht	<i>Geselliger Abend</i>	<i>Podiumsdiskussion</i> Freiheit und soziale Gerechtigkeit — Gibt es einen dritten Weg ? —	Tagungsabschluß mit Schlußvortrag und Verabschiedung	

* Änderungen vorbehalten

Mitwirkende

Eckhard Behrens, Assessor, Universitätsverwaltung Heidelberg

Detlef Böhm, M. A., Bochum-Langendreer

Kurt Falthauer, Dr. rer. pol., Geschäftsführer der Gesellschaft für innerbetriebliche Zusammenarbeit, GIZ GmbH, München

Johannes Flüge, Prof. Dr. phil., Pädagogisches Seminar, Freie Universität Berlin

Günter Friedrich, wissensch. Assistent, Universität München

Hans-Ulrich Gallwas, Wissenschaftlicher Rat Prof. Dr. jur., Universität München

Willi Geiger, Prof. Dr. jur., Bundesverfassungsrichter, Karlsruhe

Giselher Hauptmann, Redakteur „Freie Schule“ Rottenburg

K. P. Hensel, Prof. Dr. rer. pöl., Leiter der Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, Universität Marburg

Jobst von Heynitz, Assessor, München

Hermann Hummel-Liljegren, Prof. Dr. jur., Universität Berlin

Reinhold Kraeger, Diplom-Volkswirt, Oberursel

Gerhard Leibholz, Prof. Dr. jur., Bundesverfassungsrichter i. R., Göttingen

Michael Lezius, Diplom-Kaufmann, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e. V., Junkersdorf/Köln

Werner Maihofer, Prof. Dr. jur., Universität Bielefeld, Bundesminister für besondere Aufgaben

Heinz-Peter Neumann, Direktor der LVA Berlin

Jan Osers, Dipl.-Ing., Universität Mannheim

Fritz Penserot, Kirn/Nahe

Elmar Pieroth, MdB, Dipl.-Volksw. (Pieroth-Modell), Bad Kreuznach

Volker Schmidt, Dr. rer. pol., Ministerium für Städtebau und Raumordnung, Bonn

Wolfram Triebler, Diplom-Kaufmann, Dortmund

Heinz-Hartmut Vogel, Dr. med., Bad Boll

Lothar Vogel, Dr. med., Ulm

Paul Ludwig Weihnacht, Prof. Dr. phil., Dozent für politische Wissenschaften an der Pädagogischen Hochschule Freiburg

Ernst Winkler, Dr. rer. nat., Mathematiker und Physiker, Lehrbeauftragter für die Ausbildung von Realschullehrern am Staatsinstitut München-Pasing

Zahlen aus der Volkswirtschaft

zusammengestellt von Diederich Römheld

Zeitpunkt oder Zeitraum	Bargeld- umlauf ² ME/JE Mio.DM	Preisindices ³			Handels- bilanz + Export- überschuß MS/JS Mio.DM	Arbeitsmarkt	
		Grund- stoffe MD/JD ⁴ 1958-100	Einzelhan- delspreise MM/JI 1958-100 ⁵	Lebens- haltung ⁴ MM/JD 1962-100		offene Stellen ME/Jd Tsd.	Arbeits- lose ME/JD Tsd.
1968	32 499	100,7	107,1	116,1	+ 18 372	498,2	312,7
1969	34 617	101,9	108,7	119,3	+ 15 584	754,7	175,5
1970	36 480	104,3	112,5	123,7	+ 15 670	792,0	140,7
1971	39 494	105,2	118,0	130,5	+ 15 892	641,2	196,5
1972	44 504	108,8	123,7	137,1	+ 20 252	547,5	246,8
4/72	40 540	107,3	122,5	135,9	+ 1 358	554,9	231,2
5/72	40 516	107,9	122,7	136,5	+ 1 315	576,6	208,3
6/72	42 379	108,3	123,3	137,4	+ 1 235	600,8	190,2
7/72	43 121	108,5	123,8	138,5	+ 1 622	600,8	196,8
8/72	42 656	109,4	123,6	138,5	+ 1 342	596,2	198,3
9/72	42 722	110,1	125,0	140,0	+ 1 624	593,6	194,7
10/72	41 737	111,0	127,7	140,6	+ 2 632	558,4	214,9
11/72	44 754	111,5	126,3	141,2	+ 1 705	512,1	235,4
12/72	44 504	112,5	126,8	141,8	+ 2 911	477,6	279,2
1/73	42 147	114,2	127,9	143,3	+ 1 600	522,1	356,4
2/73	42 752	115,4	128,7	144,4	+ 1 940	570,0	347,1
3/73	43 954	f	129,7	145,4	+ 2 328	602,6	268,6
4/73	44 162	f	130,7	146,7	+ f	622,2v	240,7

MA, MM, ME, MS, MD Monats-

JA, JM, JE, JS, Jd Jahres-

f) Zahlen liegen noch nicht vor

-anfang, -mitte, -ende, -summe, -durchschnitt

v) vorläufige Zahlen

Anmerkungen:

- 1) Die hier wiedergegebenen Zahlenfolgen sind noch nicht saisonbereinigt.
- 2) Bilanzzahlen der Deutschen Bundesbank, also ohne vom Bund aus ausgegebene Scheidemünzen und mit Kassenbeständen der Kreditinstitute sowie mit den im Ausland befindlichen deutschen Noten.

Der Bargeldumlauf M ist neben seiner Umschlaghäufigkeit U und dem Warenangebot Q ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für das Preisniveau $P: M \times U = Q \times P$ (FISHERSche Tauschgleichung).

- 3) Diese Indexzahlen geben nicht notwendig die Entwicklung des Preisniveaus P wieder, da sie jeweils nur einen kleinen Ausschnitt aus dem gesamten Warenangebot berücksichtigen.

4) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des allein verdienenden Haushaltsvorstandes.

5) Ab Mai 1968 ist 1962 das Bezugsjahr.

6) Ab 1969 ist 1962 das Bezugsjahr.

Quellen:

Ausweise, Monatsberichte und Geschäftsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt/Main; „Statistischer Wochendienst“ des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

Die Mitarbeiter dieses Heftes

Berthold Wulf (1926) Studium der Philosophie und Theologie, Pfarrer in Zürich, Untere Zäune 19, Zahlreiche Veröffentlichungen geisteswissenschaftlich-philosophischen Inhalts. Biographisches u.a. über Goethe, Thomas von Aquino, Fichte, Hegel, Nicolaus Cusanus.

Franz J. Clauß, Diplom-Volkswirt, IFO-Institut München

Detlef Böhm, M. A., Bochum-Langendreer, Grabelohstr. 203

Herbert Spies, Diplom-Volkswirt, Wuppertal, Amalienstr. 12

Vorankündigung für Heft 105/V 1973

Elmar Pieroth Was bedeutet Wirtschaftsdemokratie? Keine Mitbestimmung ohne Mitverantwortung im Betrieb

K. P. Hensel Löst die Soziale Marktwirtschaft das Machtproblem in der Wirtschaft?

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in „Fragen der Freiheit“ Nr. 1 bis 100 erschienenen Beiträge befindet sich in Heft 99/100 Weihnachten 1972

„Fragen der Freiheit“, Zweimonatszeitschrift
herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch Lothar Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Eckwälden/Bad Boll
Boslerweg 11, Telefon (0 71 64) 25 72

Preis: Jahresabonnement DM 24,—, sfr. 28,—, ö.S. 180,—
ab 1.1.1973 einschließlich Versandkosten

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011 / BLZ 610 500 00

Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung, Eckwälden/Bad Boll
Postscheckamt Frankfurt am Main 2614 04-602
Schweiz: 30-307 31 Postscheckamt Bern
Österreich: H. Vogel-Klingert, Eckwälden/Bad Boll
Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zolikerberg, Weiherweg 4

Herstellung: Anton Hain KG, Meisenheim am Glan

